Nr. 4. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorausbezahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfg. Postbezug: Monatlich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Der Anzeigenpreis
beträgt f. die siebengespaltene Kolonelzeile 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 zusammengedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pfg.). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tourniergesuche 30 Pfg. **Familien-Anzeigen** 30 Pfg., politische u. gewerkschaftliche Vereinsanzeigen 40 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 96—151 97.

Freitag, den 4. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 96—151 97.

Der Hauptausschuß zu den Friedensverhandlungen.

Mit der Stange im Nebel herumfahren, ist für Volksvertreter keine ideale Aufgabe. Viel anderes hat aber der Hauptausschuß des Reichstags gestern nicht tun können, da ihm zu einer tiefen, ins Sachliche eindringenden Beschäftigung die notwendigen Unterlagen fehlten.

Man begreift, daß die Regierung unter den obwaltenden Umständen eine gewisse Reserve beobachtet und daß sie nicht in Berlin über alles Mögliche öffentliche Reden schwingen will, während sie in Brest-Litowsk verhandelt. Das hindert aber doch nicht, daß bestimmte Ziele abgesteckt und öffentlich gezeigt werden. Und wenn das nicht beliebt wird, so sind ja noch immer die mit Werg ausgestopften Doppeltüren da, hinter deren lautloser Stille sich die wahre Absicht der Regierung den Volksvertretern enthüllen kann.

Es ist nun gestern auch vertraulich verhandelt worden, aber wir verraten kein Geheimnis, wenn wir verraten, daß in diesem geheimnisvollen Teil der Beratung auch kein Geheimnis verraten worden ist. Wie die große Masse des deutschen Volkes, so steht auch der Reichstag und sein Hauptausschuß noch immer vor dieser ungelösten Frage:

Angenommen, die Entscheidung in den russischen Westprovinzen fällt so, wie es den Wünschen der Regierungen von Berlin und Wien entspricht, wie soll sich dann das Verhältnis der Mittelmächte zu einander und ihr Verhältnis zu den ehemaligen russischen Westprovinzen gestalten?

Man hat bisher immer nur von einer „Anlehnung" an die Mittelmächte sowie von einer Anlehnung der Mittelmächte aneinander gesprochen, nie aber des näheren ausgeführt, wie man sich diese Anlehnung vorstellt. Nun ist aber das Verhältnis von Staaten zu einander kein Liebesverhältnis, bei dem es genügt, einander in die Arme zu sinken und ewige Treue zu schwören, sondern es ist ein politisches Geschäft, das für alle Beteiligten mit Rechten und Pflichten, Vorteilen und Nachteilen — unter Umständen freilich nur mit letzteren — verbunden ist, und keiner wird in ein solches Geschäft hineinsteigen wollen, ohne genau zu wissen, wie er dabei fährt.

Auch den Polen, Litauern, Letten, Esten wird man, wenn es so weit ist, deutlich sagen müssen, was man von ihnen verlangt und was man ihnen dafür gewähren will, denn wenn sie das nicht wissen, können sie unmöglich darüber entscheiden, ob sie sich an die Mittelmächte „anlehnen" wollen oder nicht. Auf der anderen Seite bedeutet doch diese Anlehnung auch für die Mittelmächte eine gewisse Belastung, und nur wer die Größe dieser Belastung einigermaßen kennt, wird sagen können, ob er die Anlehnung wünscht oder nicht.

Darüber darf also der Reichstag volle Aufklärung verlangen, wie das Verhältnis der bisherigen russischen Westprovinzen zu den Mittelmächten gedacht ist für den Fall, daß die sonstigen Umstände die Anbahnung eines solchen Verhältnisses ermöglichen sollten.

Nicht weniger wünschenswert wäre es, von Sachkennern einmal eine ungeschminkte Darstellung zu erhalten, welches Ergebnis unbeeinflußte Volksabstimmungen in den besetzten Gebieten voraussichtlich haben würden. Uns wird von den verschiedensten Seiten versichert, daß die Aussichten für den mitteleuropäischen Gedanken durchaus nicht günstig sind, und daß sich z. B. gar nicht vorstellen ließe, wie in Kurland und weiter östlich ein Volksvotum zugunsten einer Anlehnung nach dem Westen zu erzielen wäre.

Erfreulicherweise scheint bei den Anhängern der Mehrheitsparteien Uebereinstimmung darüber zu herrschen, daß ein einwandfreier Modus gefunden werden muß, um den wirklichen Volkswillen in den besetzten Gebieten festzustellen und daß ein Votum zugunsten Rußlands oder der beiderseitigen vollen Unabhängigkeit — zum mindesten — mit Gelassenheit zu ertragen wäre. Wenn die bolschewistische Regierung ein völlig unbeeinflußtes Votum verlangt, so findet sie damit nicht nur die halbe oder dreiviertel Zustimmung der deutschen Unterhändler, sondern auch die ganze Zustimmung des deutschen Reichstags. Eine vollständige Einigung über diese Frage, mit deren Lösung bekanntlich eine Spezialkommission betraut werden soll, dürfte dadurch wesentlich erleichtert werden. Man kann wohl überall den Wunsch als selbstverständlich voraussetzen, daß ein vollkommen ehrliches Spiel gespielt wird, die Sozialdemokratie legt aber ganz besonderes Gewicht darauf, den Russen und der übrigen Welt zu zeigen, daß alles mit rechten Dingen zugehen soll und daß weder eine Uebervorteilung Rußlands noch eine Vergewaltigung der in Betracht kommenden Völker beabsichtigt wird.

In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie innerhalb der Mehrheit und im Hauptausschuß gearbeitet und gedenkt sie weiterzuarbeiten, und sie wird gern die Unterstützung anerkennen, die ihr dabei von gleichstrebenden Kräften in bürgerlichen Parteien geleistet wird. Die Frage, um die es sich hier handelt, ist von so ungeheurem Ernst, daß alles versucht werden muß, um eine gerechte und dauernde Lösung zum Heil aller beteiligten Völker zu finden. Daran wird die Sozialdemokratie mitarbeiten, solange Aussicht auf Erfolg besteht.

Niemand kann sich indes anheischig machen, das schwierige politische Exempel so aufzulösen, daß es ohne Rest aufgeht. Und darum ist es jetzt schon wichtig, daran zu denken, daß aus dem Ergebnis der Friedensverhandlungen neue Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und den Mittelmächten entstehen könnten, die dann auf keinen Fall durch einen neuen Appell an das Schwert entschieden werden dürfen. Es ist dringend zu wünschen, daß der Friedensvertrag durch den Abschluß eines bindenden Schiedsgerichtsvertrags gekrönt werde. Freilich haben die Bolschewisten für solche Gedankengänge, die ihnen als Ausfluß eines „bürgerlichen Pozifismus" erscheinen, bisher nicht viel übrig. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für die deutschen Unterhändler, mehr noch für die deutsche Sozialdemokratie, die stets den Gedanken des obligatorischen Schiedsgerichts vertreten hat, hier einen Meinungsausgleich zugunsten der westlichen Auffassung herbeizuführen.

Der Hauptausschuß hat seine Verhandlungen gestern abgebrochen, um sie heute wieder fortzusetzen. Leider ist der Antrag der Sozialdemokraten, den Reichstag ebenfalls zu Vollsitzungen einzuberufen, vom Aeltestenausschuß abgelehnt worden. Dieser Antrag entsprang dem Wunsche, daß die Fraktionsvertreter im Hauptausschuß jederzeit mit den Gesamtfraktionen Fühlung halten und der Reichstag selbst unter Umständen die Aktion des Hauptausschusses verstärken könne. Es ist bedauerlich, daß der Aeltestenausschuß diesem Gedanken nicht beigetreten ist, und so wird der Hauptausschuß zu zeigen haben, ob er auch ohne die jederzeit gegenwärtige Unterstützung des Plenums das erforderliche Maß des Einflusses in die Wagschale werfen kann.

Dazu gehört aber vor allem jene volle Klarheit über die Absichten der Regierung, die man in den bisherigen Ausführungen ihrer Vertreter vermißt!

* * *

Die Sitzung des Hauptausschusses.

Der Reichskanzler ist mit einem großen Stab von Regierungsleuten erschienen.

Der Vorsitzende Abg. **Fehrenbach** gibt bei Beginn der Sitzung der Hoffnung Ausdruck, daß uns bald der Friede beschert sein möge.

Das **Auswärtige Amt** führt in einer Zuschrift Beschwerde darüber, daß die Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen in der letzten Tagung nicht voll gewahrt worden sei; insbesondere ein Artikel in der „Kölnischen Zeitung" enthalte Mitteilungen, die nicht in die Oeffentlichkeit dringen sollten.

Der Ausschuß tritt dann in die Beratung der

Friedensverhandlungen mit Rußland

ein.

Reichskanzler **Graf Hertling** begrüßt den Ausschuß. Die ganze Welt folgt den Friedensverhandlungen mit größter Aufmerksamkeit. Die Regierung legt Wert darauf, die Ansichten des Reichstags kennen zu lernen. Die Situation ist unsicher, die Entente tut alles, um Mißtrauen gegen uns zu säen.

Unterstaatssekretär **v. d. Busche**

bespricht dann die Verhandlungen in Brest-Litowsk und gibt zunächst einen historischen Rückblick. Die russische Regierung hat zu Verhandlungen eingeladen auf einer Grundlage, die der Reichskanzler als annehmbar bezeichnen konnte. Zunächst kam der Waffenstillstand zustande, an diesen Verhandlungen war auch das Auswärtige Amt beteiligt. Die darüber geführten Verhandlungen fanden eine Ergänzung in Forsani, durch die auch Rumänien mit einbezogen wurde. Alsbald haben die Friedensverhandlungen eingesetzt. Der Redner erklärt die Zusammensetzung der einzelnen mit den Verhandlungen betrauten Delegationen. Die Verhandlungen waren deshalb schwierig, weil auf der einen Seite eine Koalition von Mächten stand, auf der anderen Seite eine Macht, die nur ihre Interessen zu vertreten hatte. Dazu kommt, daß die Entente alles versucht hat, die Verhandlungen störend zu beeinflussen. Die deutschen Delegierten und ihre Verbündeten entschlossen sich, eine gemeinsame Erklärung auf die von den Russen aufgestellten Grundlinien zu formulieren. **Die territoriale Frage begegnete Schwierigkeiten.** Die Russen vertreten den Standpunkt des absoluten Selbstbestimmungsrechts der Völker, einen Standpunkt, den sie auch Finnland gegenüber wahren werden. Wir mußten den Russen klarlegen, daß für Polen, Livland und Kurland die Trennung von Rußland bereits beschlossene Tatsache sei. (Redner macht nunmehr vertrauliche Mitteilungen, die sich auf die Verhandlungen über diesen Punkt beziehen.) Ein anderer Teil der Verhandlungen bezog sich auf die wirtschaftlichen Fragen, die der Redner ebenfalls vertraulich behandelt. Einigkeit besteht darüber, daß dem Krieg **kein Wirtschaftskrieg** folgen dürfe. Die gegen die Deutschen in Rußland erlassenen Kriegsgesetze werden aufgehoben, beschlagnahmtes Eigentum zurückgegeben. Die sonstigen, Privaten zugefügten Schäden sollen wieder gutgemacht werden. Eine Kommission unter neutralem Vorsitz wird darüber entscheiden. Eine Anzahl Kommissionen sind bereits eingesetzt, um Spezialfragen zu behandeln. Der Austausch der Gefangenen wird von einer besonderen Kommission behandelt.

Der **Vorsitzende** empfiehlt, in der Aussprache zunächst die politische Seite der Fragen zu erörtern; damit ist der Ausschuß einverstanden. Von verschiedenen Rednern wird die sofortige Vorlage einer Denkschrift über die wirtschaftlichen Fragen in den besetzten Gebieten verlangt.

Staatssekretär Graf **Roedern** meint, man solle sich von der in Aussicht gestellten Denkschrift nicht zu viel versprechen, weil keine der Fragen, um die es sich handelt, als abgeschlossen gelten kann.

Aus dem Ausschuß heraus wird erklärt, daß man gerade auf diese Denkschrift großen Wert legen müsse, weil sie die Grundlage für die Beratungen bilden müsse. Weiter wurde beklagt, daß die deutsche Zensur auch an den Verhandlungen in Brest-Litowsk ihres Amtes gewaltet hat.

Abg. **Ebert** (Soz.): Wir legen entscheidendes Gewicht auf die wirtschaftlichen Fragen, zu diesem Zweck muß das Material ungesäumt vorgelegt werden. Aber außerdem müssen sämtliche Rundsprüche der russischen Regierung vorgelegt werden, ferner alle Erklärungen, die von Körperschaften in den besetzten Gebieten des Ostens abgegeben worden sind.

Die Abgg. Erzberger, Graf Westarp, Frhr. v. Gamp und Haase schließen sich diesen Wünschen an.

Abg. **Ledebour** (Unabh. Soz.) teilt mit, daß das Kriegsministerium von Paul Rohrbach und Professor Schiemann eine Denkschrift über die östlichen Gebiete für die deutschen Vertreter in Brest-Litowsk hat herstellen lassen und bittet um Vorlage.

Unterstaatssekretär **v. d. Busche**: Uns ist von einer solchen Denkschrift nichts bekannt (!).

Abg. **Erzberger** (Z.)

fordert ebenfalls die Vorlage dieser Denkschrift. Seine politischen Freunde billigen das Verhalten der deutschen Vertreter in Brest-Litowsk. Wenn ein Separatfriede mit Rußland zustande kommen soll, dann muß erst versucht werden, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen. Was die russische Regierung in ihren Grundsätzen aufgestellt hat, konnte nicht überraschen. Daß man der Entente eine Frist stellte, war richtig und notwendig. Diese Frist ist ungenützt, dann muß mit allen Mitteln versucht werden, mit Rußland zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, aber nicht nur mit den Bolschewiki, sondern mit dem ganzen russischen Volke. **Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker muß ohne Hintergedanken durchgeführt werden.** Heute steht noch nicht fest: Was ist Polen, was ist Kurland? Die Grenzen müssen erst abgesteckt werden. Die russische Regierung hat die Landesräte als vorläufigen Ausdruck des Volkswillens anerkannt. Sie hat aber gefordert, daß ihr Votum auf eine breitere demokratische Grundlage gestellt werde. In der Praxis kann das nicht schwer halten, so daß auch hier keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen. **Unerhört sei aber die Art, wie die Militärverwaltung sich dem litauischen Landesrat gegenüber verhält.** Der Wille des Reichskanzlers muß zur Geltung gebracht werden. Wenn man vernünftig handelt, dann können die Ostfragen in 10 bis 12 Tagen erledigt sein. **Sobald Rußland demobilisiert hat, können wir unsere Truppen zurückziehen, damit die Völker unbeeinflußt entscheiden können.** Das wird uns rasch zum Frieden führen.

Staatssekretär Graf **Roedern** erklärt, daß zwischen dem Kanzler und der Militärverwaltung in Litauen völlige Einigkeit darüber bestehe, daß der Landesrat in den nächsten Tagen zusammentreten solle.

Abg. Dr. **David** (Soz.):

Was der Staatssekretär mitgeteilt hat, war alles, nur keine Aufklärung. Mit dem noch hochgehaltenen Rest von Geheimdiplomatie möge man brechen, die Russen haben es auch getan. Die alldeutsche Presse läuft in den letzten Tagen wieder Sturm gegen die Selbstbestimmung der Völker, die als weltfremde Theorie bezeichnet wird. Aber die Zeit ist vorbei, wo man über die Völker entscheiden kann, wie über eine Hammelherde. **Die Selbstbestimmung der Völker ist die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden.** Alles andere würde von den Völkern als Unterjochung empfunden werden. Das Votum der Völker allein darf maßgebend sein. Das Ziel des Friedens muß sein, die Koalition aufzulösen, die sich gegen Deutschland gebildet hat. An die Stelle dieser Koalition sollen freundschaftliche Vereinbarungen treten. Die Ziele der Alldeutschen bewegen sich in den Gedankengängen verflossener Jahrhunderte. Zwischen den von den Russen aufgestellten Grundsätzen und den deutschen Vorschlägen klafft ein Widerspruch. Es handelt sich aber nur um den deutschen Vorschlag, die Oesterreicher scheinen entgegenkommender gewesen zu sein. Man müsse auch den österreichischen Vorschlag kennenlernen. **Die in Polen, Litauen und Livland von den Landesräten gefaßten Beschlüsse hat man dem deutschen Volke vor**

enthalten. Dieser Zustand ist direkt beschämend. Die Russen haben sich als die geschickteren Diplomaten erwiesen, sie verhandeln in vollster Oeffentlichkeit. Was in den östlichen Gebieten vorging, hat man der deutschen Oeffentlichkeit vorenthalten. Wir verlangen bei den ganzen Verhandlungen

vor allen Dingen Ehrlichkeit.

Der Beschluß des Reichstags vom 19. Juli hat den Bolschewiki erst die Möglichkeit zu ihrem Vorgehen gegeben, das dürfe bei den Verhandlungen nicht vergessen werden. Zunächst müssen die Instanzen geschaffen werden, die den Ausdruck des Volkswillens in den besetzten Gebieten des Ostens zu ermöglichen haben. In ihnen müssen alle Parteien des Landes vertreten sein. Als Grundlage für diese Instanzen könne man die Landesräte anerkennen. Unerläßlich aber ist die Schaffung von konstituierenden Versammlungen, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind.

Wenn demokratisch gewählte Landesversammlungen die Entscheidung haben, ist eine Lösung durchaus möglich. Aber ehrlich muß von allen Seiten verfahren werden. Die Grenzbestimmung zwischen Polen und Litauen kann bei dem bestehenden Gegensatz zwischen den beiden Volksstämmen nur im Wege der Verständigung zwischen Rußland und Deutschland erfolgen. Rasch muß sodann die Verwaltung an die Landesräte übergehen. Die Zeit der militärischen Verwaltung ist abgelaufen. Die **Abtrennung eines Grenzschutzstreifens von Polen zugunsten Deutschlands** würde von vornherein den schärfsten Gegensatz zwischen Polen und Deutschland schaffen. Die beste Lösung des polnischen Problems bleibt immer wieder diejenige auf Grund des Selbstbestimmungsrechts. Sehr scharf wendet sich der Redner gegen die **Verwaltung des Fürsten Ysenburg in Litauen.** Die Zusammensetzung der kurländischen Landesvertretung entspreche einer wirklichen Volksvertretung etwa so wie der preußische Landtag. Berechtigung verdiene vor allem eine Entschließung der livländischen Vertretung, die sich für Unabhängigkeit und Neutralität erklärt hat. Bei Berücksichtigung all dieser Tatsachen ergebe sich eine Lösung. Eine Grenzsicherung gebe es bei der modernen Rüstungstechnik und ihrer Entwicklung überhaupt nicht. Die beste Sicherung unseres Landes sei eine politische Sicherung, die auch Bismarck im Nikolsburger Frieden vorzog. Wer mit strategischen Sicherungen komme, schieße viel zu kurz. Die Annexionisten gehen jetzt über zu Eingaben an die oberste Heeresleitung und an den Kaiser und fragen: Findet sich denn kein York? Sie drohen der Monarchie mit der Kündigung der Treue. Wenn sich die Herren aber auf den Willen des Volkes berufen, so treiben sie ein bedenkliches Spiel. 90 Prozent des deutschen Volkes würde ihnen die schärfste Absage geben. Der Kampf gegen diese Gruppen wird erschwert durch die Zensur, die wieder recht häufig mit Verboten arbeitet. Man soll sich nicht der Hoffnung hingeben, daß Rußland jeden Frieden annehmen müsse. Der Staatsmann, der die jetzt günstigen Aussichten, zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, nicht zu würdigen versteht, gehört vor einen Staatsgerichtshof gestellt. Die Alldeutschen und Konservativen scheinen sich die Folgen eines Scheiterns der Friedensverhandlungen gar nicht richtig vorstellen zu können. **Die deutsche Volksvertretung muß die Möglichkeit haben, ihren Willen entscheidend in die Wagschale zu werfen und sie wünscht in ihrer Mehrheit einen Frieden der Verständigung.**

Unterstaatssekretär **v. d. Busche** erklärt, daß zwischen den deutschen und den österreichischen Delegierten in Brest-Litowsk keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen oder bestanden haben.

Oberst **Waitz** teilt mit, daß weder im Kriegsministerium noch in der namhaft gemachten Druckerei noch an einer sonstigen Stelle etwas von der vom Abg. Ledebour erwähnten Denkschrift des Kriegsministeriums bekannt ist.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag, vormittags 10 Uhr, vertagt.

Polnische Sachverständige in Brest-Litowsk.

Zu dem Wunsch der polnischen Regierung, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, wird gemeldet, daß es den Polen ermöglicht werden soll, zu den Beratungen von Sonderfragen bei den Friedensverhandlungen von Fall zu Fall je nach dem Gang der Verhandlungen Sachverständige zu schicken.

Für einheitliche Friedensaktion des Sozialismus.

Aufruf der schwedischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Schwedens erläßt folgenden Aufruf:

„Die Menschheit sehnt sich nach Befreiung von dem fürchterlichen Weltkriege, die Zerstörungen und Abschlachtungen müssen zum Aufhören gebracht werden. Das Gefühl dafür ist in den kriegführenden wie den neutralen Ländern in starkem Wachsen begriffen. Die Forderung nach einem allgemeinen Frieden ist stärker geworden, seitdem die deutsch-russischen Verhandlungen ihren Beginn nahmen, und wächst an Stärke.

Es muß jedoch befürchtet werden, daß diese deutsch-russischen Friedensverhandlungen einen Separatfrieden herbeiführen könnten, durch den nur ein oder zwei der kriegführenden Völker aus dem Kriege ausgeschaltet werden, während die anderen Völker beim Verbluten bleiben, und der Krieg kommt dabei nicht zum Stillstand.

Ob ein solcher Separatfriede in einen schnellen und segensreichen, allgemeinen und gerechten Frieden umgewandelt werden kann, hängt in erster Reihe davon ab, ob die Internationale wieder zu gemeinsamem Vorgehen vereinigt werden kann. Es ist dieser Zusammenschluß, der jetzt stattfinden muß. Wo sich ein Hindernis auf seinem Wege erhebt, muß es niedergeschlagen werden.

Wir fordern deshalb die Sozialisten aller Länder auf, sofort ans Werk zu schreiten, die Internationale zu einigen und ihre Leitung, die die arbeitenden Klassen aller Länder vertritt, den allgemeinen Völkerfrieden verkündigen zu lassen.

Besonders wenden wir uns an die Sozialisten Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas mit dem Ersuchen, alle Mittel zur Beseitigung der Paßverweigerung zu benutzen.

Da die Regierungen ihren mangelnden Willen zum Frieden zeigen, müssen die Völker selbst miteinander in Verbindung treten, um sofort einen allgemeinen und gerechten Frieden durchzuführen, der die Welt mit einemmal vom Kriege und Militarismus befreie."

Kopenhagener „Socialdemokraten" schreibt zu diesem Schritt der schwedischen Partei, daß nun auch die norwegische, die holländische und die schwedische Sozialdemokratie sich der Initiative angeschlossen haben, die die dänische Sozialdemokratie im Monat November, sofort nach dem Siege der russischen Friedensrevolution, ergriff. Hoffentlich werde es jetzt bei dem neuen in den Entente-Ländern wehenden Friedenswinde den dortigen Sozialdemokraten gelingen, die noch bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Französische Vorstöße in der Champagne.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Nahe an der Küste wurden bei gelungener Unternehmung Gefangene gemacht. Französische Vorstöße in der Champagne nördlich von Le Mesnil scheiterten in unserem Feuer.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 3. Januar 1918, abends. Amtlich.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Nichtamtlich. Wien, den 3. Januar 1918. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Zur litauischen Unabhängigkeitserklärung.

Wer hat das Recht, zu „erklären"?

Die Zeitschrift „Das neue Litauen" wird vom Präsidenten des Litauischen Landesrates beauftragt, zu der gestern hier abgedruckten Erklärung des Litauischen Staatsrats, die von dem litauischen Pressebureau in der Schweiz ausging, mitzuteilen, die einzige bevollmächtigte Instanz des litauischen Volkes, nämlich der Litauische Landesrat, sei bei dieser Erklärung unbeteiligt. So der Litauische Landesrat!

Nun wird aber die Sache heiter. Zu gleicher Zeit mit der Verwahrung des Litauischen Landesrats erscheint eine W.-T.-B.-Depesche auf der Bildfläche, die folgendes meldet:

„Der Oberste Litauische Nationalrat in der Schweiz, der von den sämtlichen litauischen Organisationen in Litauen selbst, Rußland, Amerika und der Schweiz als oberste Vertretung des litauischen Volkes eingesetzt ist, hat soeben folgenden Beschluß gefaßt. . ."

Folgt, in etwas veränderter Uebersetzung, der von uns gestern mitgeteilte Text.

Also: Der Litauische Landesrat erklärt, daß der Oberste Litauische Nationalrat nichts zu sagen hat, und unser offiziöses Telegraphenbureau bezeichnet zugleich diesen Nationalrat als oberste Vertretung des litauischen Volkes. Ein Beweis mehr, daß ohne die Schaffung wirklicher Volksvertretungen eine reinliche Lösung der Selbstbestimmungsfrage überhaupt nicht denkbar ist.

Gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege

Haag, 3. Januar. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Der „Manchester Guardian" sagt zu der Erklärung des Sprechers des Unterhauses, Lowther: Der Sprecher hat sich mit seiner Erklärung gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege an die Seite Wilsons und Lansdownes gestellt. Wir hoffen, daß Lloyd George das Land von den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz befreien werde.

Litvinow als Botschafter für London.

Amsterdam, 3. Januar. Nach einer hier vorliegenden Reutermeldung aus London hat die maximalistische russische Regierung Maxim Maximowitsch Litvinow zum russischen Botschafter in London ernannt. — Die englische Regierung hatte bekanntlich den vorigen von maximalistischer Seite ernannten Botschafter abgelehnt. Durch Litvinows Ernennung wird die Frage der offiziellen Beziehungen Englands zu Rußland aufs neue akut.

Russisch-rumänischer Konflikt.

Rumänen erschießen russische Revolutionäre.

Petersburg, 2. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Volkskommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten gibt folgende Mitteilung bekannt:

Das Dorf Leowo und einige Dörfer in Bessarabien sind durch Truppen besetzt und einige Revolutionäre erschossen worden. Nach einer authentischen Mitteilung luden die Rumänen durch einen russischen Oberst und einen rumänischen General alle Mitglieder des Ausschusses nach Jassy ein, wobei sie ihnen völlige Sicherheit gewährleisteten. Indessen wurde der ganze Ausschuß vor die rumänische Behörde gebracht. Die rumänischen Behörden versuchten alle zu erschießen, aber die Kosaken besannen sich eines besseren und hinderten sie daran. Derartige verbrecherische Handlungen können nicht geduldet werden. Wir ersuchen den Herrn rumänischen Gesandten, uns heute noch mitzuteilen, welche Maßnahmen bis jetzt ergriffen worden sind, um die verbrecherischen Elemente, die rumänischen Offiziere und Beamten zu züchtigen, welche die Hand gegen die russische Revolution erhoben haben. Wir halten es für dringend geboten, die rumänische Gesandtschaft zu benachrichtigen, daß die russische Republik keinerlei Unterdrückung mehr dulden wird nicht nur gegen russische Revolutionäre, sondern auch gegen rumänische Revolutionäre und Sozialisten. Jeder rumänische Soldat, Arbeiter und Bauer findet die Unterstützung der Macht der russischen Sowjets gegen die Willkür der reaktionären rumänischen Bureaukratie. Wir erachten es für nötig, den rumänischen Behörden durch Ihre Gesandtschaft mitzuteilen, daß die Macht der Sowjets auch vor den schärfsten Maßnahmen gegen die rumänischen Verschwörer und Gegenrevolutionäre, die Helfershelfer der Kaledin, Tscherbatschew und der Rada (!) nicht zurückschrecken wird.

Brot und Kohlen in Frankreich.

Der Beschluß Clemenceaus, von der Einführung der Brotkarte wieder abzusehen, um im Lande keine Demonstrationen heraufzubeschwören, hat die mit der Lebensmittelversorgung vertrauten Verwaltungskreise peinlich berührt. Die Bürgermeister des westlichen Frankreich haben in einer jüngst abgehaltenen Versammlung in Paris den Ernst der Lage dargetan und darauf hingewiesen, daß die Brotkarte unumgänglich notwendig ist, wenn man in Frankreich eine Katastrophe vermeiden will.

Wie „Petit Parisien" berichtet, konnten infolge von Transportschwierigkeiten die im letzten Monat in Frankreich geförderten und die eingeführten Kohlenmengen nur teilweise verteilt werden. Der Munitionsminister gestattete daher den Präfekten, die während des Sommers angelegten Kohlenreserven an die Bevölkerung zu verteilen. Der Verpflegungsminister ermahnt im „Petit Parisien" zur größten freiwilligen Einschränkung, besonders im Brotverbrauch, damit er nicht zur Einführung der Brotkarte oder gar eines brotlosen Tages greifen müsse.

Eine Fälschung des „Petit Journal".

Ein Beitrag zu der Art, wie die französische Hetzpresse den „Vorwärts" zitiert: In unserem Leitartikel vom 20. Dezember 17 malten wir die Folgen aus, die eintreten würden, wenn nach dem Wunsche agrarischer Blätter der freie Handel im Lebensmittelverkehr wieder zugelassen würde. Wir kamen zu dem Schluß, daß Deutschland alsdann innerhalb vier Wochen vor einer Katastrophe stehen würde. „Petit Journal" fälscht dieses Zitat um, indem es ihm seinen hypothetischen Charakter nimmt. Aus unserer Schilderung eines gedachten unwirklichen Zustandes wird die Schilderung der tatsächlichen Zustände gemacht, der französische Leser wird in den Glauben versetzt, der „Vorwärts" prophezeie den tatsächlichen Zusammenbruch Deutschlands innerhalb von vier Wochen.

Wir würden uns über diese Fälschung entrüsten, wenn wir nicht eine ähnliche Art, den „Vorwärts" zu zitieren, oft genug auch bei der inländischen alldeutschen Presse feststellen müßten.

Amerikas Mitwirkung am Kriege.

Zwangsrationierung in allen europäischen Ententestaaten.

Washington, 3. Januar. (Reuter.) Das Staatsdepartement teilt in einem zusammenfassenden Bericht über die Arbeiten seiner Vertreter auf der Pariser Konferenz mit: Die hauptsächlichsten Vorschläge sind folgende: Die Vereinigten Staaten sollten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um völlige Einheitlichkeit im Landkriege, zur See und auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen Amerika und den an unserer Seite kämpfenden Ländern herbeizuführen. Regierung und Volk der Vereinigten Staaten sollten alles aufbieten, um die erfolgreiche Beendigung des Krieges durch planmäßige Zusammenfassung ihrer Hilfsquellen an Menschen und Material zu beschleunigen. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollten **so rasch als möglich nach Europa** entsandt werden. Ferner teilten die Delegierten die Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Alliierten zur Zusammenfassung des Schiffsmaterials mit und gaben bekannt, daß soviel Schiffsraum als möglich für den Transport der amerikanischen Truppen verwendet werden würde. Außerdem würde der Plan zur intensiveren Ausnutzung der amerikanischen Seestreitkräfte ausgearbeitet und mit der britischen Admiralität ein betreffendes Abkommen zur Bekämpfung der U-Boote getroffen.

Ferner sei für die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Beratungen des obersten Kriegsrates Sorge getragen. Es wurde eine Einigung über die Beiträge der Vereinigten Staaten zu den gemeinsamen Kriegsmitteln der Alliierten erzielt und Bürgschaft dafür geschaffen, daß für alle amerikanischen Streitkräfte, die im Jahre 1918 nach Europa geschickt werden, alle benötigten Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung gestellt würden. Großbritannien, Frankreich und Italien haben, um den Vereinigten Staaten einen genaueren Einblick in die Probleme der Lebensmittelkontrolle im eigenen Lande zu verschaffen, zugestimmt, **in ihren Ländern die Zwangsrationierung der Lebensmittel einzuführen.** Ferner wurde der Anteil der Vereinigten Staaten an den militärischen Operationen genau festgesetzt und eine beratende Kommission der alliierten Länder ins Leben gerufen, deren Aufgabe es sein wird, über die Zuweisung von Schiffen, durch die es Amerika ermöglicht werden soll, seine militärischen Pläne durchzuführen, zu entscheiden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 2. Januar. Durch unsere U-Boote wurden im Englischen Kanal und Atlantischen Ozean neuerdings vier Dampfer, drei Segler und zwei Fischerfahrzeuge versenkt, darunter ein bewaffneter tiefbeladener Dampfer, ferner der englische Schuner Proba mit Kohlen von Swansea nach Cherbourg, der portugiesische Schuner Aportugeza mit Salzladung nach Frankreich sowie der portugiesische Fischdampfer Argos. Von den übrigen versenkten Dampfern hatte einer Stahlbarren von Swansea nach Cherbourg geladen; ein anderer Dampfer wurde aus einem gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kämpfe in Südarabien.

Konstantinopel, 2. Januar. Die Agentur Milli erfährt aus dem Yemen: Die bei Aden operierenden Truppen setzen ihre heldenhaften Unternehmungen fort, an denen auch alle Oberhäupter der Stämme von Taiz mit außerordentlicher Hingebung teilnehmen. In der ganzen Provinz herrscht Sicherheit. Ein Versuch der Engländer, Marinetruppen in Hodeida auszuschiffen, wurde zurückgeschlagen. Seitdem geht die Küstenschiffahrt ungehindert vor sich. Die Treue des Imam Yahya gegenüber dem Kalifat und seine großen Dienste verdienen jedes Lob. Asir und die benachbarten Gegenden stehen außerhalb des aufwieglerischen Einflusses des aufständischen Scherifs Idris, der über keine Anhänger mehr verfügt und in seiner Umgebung nicht gern gesehen ist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Internierungen in Italien. Die römische „Epoca" berichtet, der Minister des Innern habe strenge Vorschriften für die Internierung aller noch in Italien befindlichen Deutschen, Oesterreicher und Ungarn erlassen. Nach Ablauf einer fünftägigen Frist werden die feindlichen Untertanen nach den vier Provinzen Aquila, Avellino, Benevento und Cosenza verbracht und interniert werden.

Die Deutschen in Amerika unter Ueberwachung. „Times" erfährt aus Washington: Das Justizdepartement gibt bekannt, daß am 4. Februar mit der Einschreibung von ungefähr einer halben Million nichtnaturalisierter Deutscher als feindlicher Ausländer zum Schutze gegen Spionage und Sabotage begonnen werden soll. Oesterreicher und Ungarn werden vorläufig von der Maßregel noch nicht betroffen.

Wirtschaftliche Neuordnung durch politische Neuorientierung.

In der „Deutschen Tageszeitung" erklärt Graf von Schwerin-Löwitz den Kampf um die Demokratisierung in Staaten und Gemeinden mit dem Hinweis auf die großen Probleme der Wirtschaftspolitik für unzeitgemäß. Er stützt seine Ansicht auf die Behauptung, daß sich die Demokratie nie und nirgends in der inneren Verwaltung bewährt habe, wobei er mit einer erstaunlichen Oberflächlichkeit die durchaus demokratische Selbstregierung aller angelsächsischen Länder in Gemeinden und Gemeindeverbänden, ja auch die überaus erfolgreiche Tätigkeit der Selbsthilfeorganisationen aller Berufsstände auch in Deutschland übersieht. Gerade die reiche, mannigfaltige und segensreiche Entwicklung dieser durchaus demokratischen Organisationen, mögen sie nun Gewerkschaften oder landwirtschaftliche Genossenschaften oder Kreditgenossenschaften oder Konsumvereine heißen, macht es klar, wie unsinnig sein Wort ist: „Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist nun einmal eine starke, von wechselnden Strömungen der öffentlichen Meinung und von demokratischen Einflüssen ungestörte Autorität unentbehrlich." Graf v. Schwerin-Löwitz wird selbst nicht behaupten, daß Kredit- und landwirtschaftliche Genossenschaften, Konsumvereine und Gewerkschaften am Gängelbande bureaukratischer Autoritäten groß geworden sind.

Graf v. Schwerin-Löwitz will von der politischen Neuorientierung schweigen, um desto ausführlicher von der wirtschaftlichen Neuorientierung zu sprechen. Aber was er davon sagt, ist nichts als eine anspruchsvolle Aufwärmung alter agrarischer Schlagworte. Nicht einmal das Verdienst kann ihm zugebilligt werden, ihre Anwendung auf die gegenwärtigen Verhältnisse bis in die letzten Folgen hinein durchdacht zu haben.

Zwar ist dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses durchaus zuzustimmen, wenn er einen Abschluß von langfristigen Handelsverträgen im Augenblick für unmöglich erklärt. Aber das ist eine Binsenwahrheit, die nicht der Rede lohnt. Die recht weitschweifenden Ausführungen des Grafen laufen auf die Empfehlung der sogenannten bedingten Meistbegünstigung hinaus, wie sie besonders die Vereinigten Staaten von Nordamerika hegen und pflegen. Die europäischen Staaten haben vor dem Kriege erklärt, daß sie keinen vertragschließenden Partner schlechter behandeln wollen als einen dritten mit ihnen in Wirtschaftsbeziehungen stehenden Staat. Daraus folgt, daß alle handelspolitischen Vorteile, die Deutschland z. B. Oesterreich-Ungarn zubilligte, auch von Rußland, Frankreich usw. in Anspruch genommen werden konnten. Der Graf will nun, daß die von Deutschland einem zweiten Staate zugebilligten Vorteile von einem dritten Staate nur dann beansprucht werden können, wenn sich der dritte Staat zu einer entsprechenden Gegenleistung verpflichtet. Da ist nun zu allererst zu bemerken, daß die allgemeine Meistbegünstigung von der zollpolitischen Meistbegünstigung zu unterscheiden ist. Die allgemeine Meistbegünstigung sichert dem Ausländer in Deutschland dieselben Erwerbsmöglichkeiten zu, die jeder Inländer, mindestens aber jeder Angehörige eines andern Staates, genießt. Graf v. Schwerin-Löwitz wird sich hüten, an dieser unbedingten Meistbegünstigung auch nur mit dem kleinen Finger zu rühren; er würde damit nur das Spiel der Engländer und unserer anderen Feinde spielen, die nichts sehnlicher wünschen als Aufenthalts- und Erwerbsbeschränkungen für Deutsche einzuführen. Was nun die zollpolitische Meistbegünstigung anlangt, so wird es nach dem Kriege vor allem darauf ankommen, möglichst einfache, klare und umfassende Verträge zu schließen. Die Einführung der unbedingten Meistbegünstigung schafft für alle Vertragsstaaten einen einheitlichen Vertragstarif. Die bedingte Meistbegünstigung schafft tausend Unterschiede, die eine so grobe Hemmung der Kalkulation sind, daß was auf der einen Seite gewonnen, auf der anderen Seite verloren geht. Es ist allerdings richtig, daß auch die unbedingte Meistbegünstigungsklausel kein Ideal ist und selbst nicht immer im freihändlerischen Sinne wirken muß, weil jeder Unterhändler von der Gewährung von Vorteilen in einem zweiten Staat durch die Furcht abgehalten wird, diese Konzession könnte, da alle anderen Staaten automatisch in ihren Mitgenuß eintreten, von ganz unberechenbaren Folgen sein. Aber dagegen gibt es einmal das Mittel der Spezialisierung der Zolltarife, indem man möglichst genau qualifizierte Warenklassen schafft; und dann fällt diese Furcht zu einem Teile auch mit dem Abschluß eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn weg, da Deutschland Oesterreich-Ungarn eine Reihe der wichtigsten Konzessionen gemacht hat. Und schließlich ist die ganze Frage nicht zeitgemäß, weil auf eine Reihe von Jahren nach dem Kriege — sicher nicht zum Vorteile der durch die Unsicherheit in ihrer Kalkulation gehemmten Industrie — infolge der Unbestimmtheit aller wirtschaftlichen Verhältnisse der autonome Tarif oder kurzfristige Vertrag gelten wird, der eine rasche Korrektur etwaiger Mißstände zuläßt.

Sonst ist noch die naive Ansicht des Grafen zu verbuchen, daß Deutschland die Einfuhr besonders an Luxuswaren beschränken, dafür aber die Ausfuhr von Waren wie Kohlen, Kali, Eisen, Maschinen, Zucker, Spiritus, Papier „nicht nur durch günstige Handelsverträge, sondern auch sonst auf jede nur mögliche Weise — billige Eisenbahn- und Wasserfracht und dergleichen — begünstigen müsse". Gewiß, das wäre eine sehr schöne Sache, wenn sie sich nur deichseln ließe. Im Grunde läuft dieser Vorschlag des Grafen v. Schwerin-Löwitz auf die Begünstigung des berüchtigten Dumping hinaus, auf die Verschleuderung deutscher Waren im Auslande zu Spottpreisen, die zu bewilligen den Industriellen durch hohe Preise im Inlande möglich ist. Es wäre interessant zu wissen, ob Graf v. Schwerin-Löwitz auch die Getreideausfuhrscheine, die die Verschleuderung deutschen Getreides ins Ausland so enorm begünstigt haben, für ein erfolgversprechendes Mittel seiner wirtschaftspolitischen Neuorientierung ansieht.

So zeigt sich, daß die politische Neuorientierung nicht hinter die wirtschaftliche Neuorientierung zurückzutreten hat, sondern daß im Gegenteil die politische Neuorientierung eine Voraussetzung der wirtschaftlichen Neuorientierung und ein Mittel zur Ueberwindung agrarischer Widerstände ist.

Stadtverordnetenversammlung.

Kommunale Uebergangswirtschaft. — Teuerungszulagen.

Der bisherige Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einer Begrüßungsansprache zum neuen Jahre, die in ein dreifaches Hoch auf den Kaiser ausklingt.

Der Stadtv. **Woldersky** (Soz.) ist plötzlich verstorben; die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Unter dem Vorsitz des ersten Vorsteher-Stellvertreters **Cassel** geht nunmehr zuerst die Wahl der Vorsteher vor sich.

Auf Vorschlag Mommsen erfolgt durch Zuruf die Wiederwahl der Stadtvv. Michelet (Fr. Fr.), Cassel (Linke) und Heimann (Soz.) zum Vorsteher bzw. ersten und zweiten Stellvertreter.

Die Wiedergewählten erklären die Annahme der Wahl.

Auch die bisherigen 4 Beisitzer und 4 Beisitzer-Stellvertreter einschl. der Stadtvv. Bruns und Pfannkuch (Soz.) beantragt Stadtv. Mommsen durch Zuruf wiederzuwählen.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld** (Unabh. Soz.) schlägt dagegen vor, statt Bruns den Stadtv. Dr. Weyl als Beisitzer zu wählen, da auch die unabhängigen Sozialdemokraten Anspruch auf Vertretung im Vorstande prinzipiell erheben müßten.

Die Stadtvv. Mommsen und Cassel sprechen sich gegen diesen Vorschlag aus.

Die Beisitzer werden hierauf, abgesehen von Bruns, durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Für Bruns findet Zettelwahl statt. Bruns wird mit 82 Stimmen wiedergewählt; auf Dr. Weyl entfallen 7 Stimmen, auf Hintze 1.

Die ständigen und Sonderausschüsse werden in ihrer bisherigen Zusammensetzung auch für 1918 bestätigt. Hinsichtlich der Zuteilung der Stadtbezirke und der Abordnung in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien soll es ebenfalls beim Bestehenden verbleiben.

Auch im Jahre 1918 werden die ordentlichen Sitzungen der Versammlung am Donnerstag von 5 Uhr ab stattfinden.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischer Behörden unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth werden darauf an Stelle der verstorbenen Stadtvv. Rodler (Linke) und Stadthagen (Unabh. Soz.) die Stadtvv. Hahn und Wurm in die Zweckverbandsversammlung durch Zuruf gewählt.

Ein Antrag Baethelmann (Unabh. Soz.) geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, eine gemischte Deputation einzusetzen, welche die kommunale Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden vorbereiten soll.

Die Begründung des Antrags gibt Stadtv. Dr. **Zadek** (Unabh. Soz.). Er verweist auf die unerfreulichen Zustände, die der Krieg, wie im Privathaushalt, so auch in der Kommunalwirtschaft erzeugt hat und die auch nach dem Friedensschluß noch Jahre oder Jahrzehnte nachwirken werden. Da hätten die städtischen Behörden schon jetzt die Aufgabe, vorbauend und vorbeugend durch Maßregeln für die Uebergangszeit einzugreifen. Zweckmäßig werde diese Aufgabe nur von einer besonderen gemischten Deputation zu lösen sein, zumal sich der Aufgabenkreis in den letzten Jahren ganz bedeutsam erweitert und ausgedehnt habe. Beschaffung und Verteilung der Nahrungsmittel z. B. werde noch für lange Zeit Aufgabe der Gemeinde bleiben. Man dürfe nicht die unerfreulichen Erscheinungen, die sich 1871 nach dem französischen Kriege in Berlin auf dem Gebiete des Wohnungswesens usw. so unliebsam bemerkbar gemacht hätten, sich jetzt in potenziertem Umfange wiederholen lassen. Im einzelnen geht Redner dann noch auf die Wohnungsfrage, die Siedelungsfrage, die Ablösung der Mietschulden, die Fürsorge für Bekleidung und Beschuhung, auf die Aufgabe der Stadt als Arbeitgeber, auf die Arbeitsvermittlung, den Arbeitsmarkt, das Unterstützungswesen, die Hygiene und Krankenpflege ein und streift dabei auch das Gebiet der kommunalen Finanzfragen. Soziale Fürsorge müsse für die Kommune auf lange Zeit hinaus die Losung sein, nicht nur auf dem materiellen Gebiet, sondern auch im Bereich der öffentlichen Moral.

Stadtv. **Cassel** lehnt den Antrag ab. Die bezüglichen Aufgaben seien beim Magistrat und bei den vorhandenen Verwaltungsdeputationen sehr gut aufgehoben, während eine solche Sonderdeputation der ihr gestellten Aufgabe auch nicht entfernt gewachsen wäre.

Stadtv. **Mommsen**: Eine Deputation nach dem Muster des Antrags würde die Arbeit der Verwaltung nur stören.

Stadtv. **Bruns** (Soz.): Vieles in der uns gegebenen Begründung ist zweifellos beachtenswert; ein großer Teil der von ihm skizzierten Aufgaben ist aber tatsächlich von der Stadt bereits in Angriff genommen. Das vorgetragene Material erscheint uns daher nicht ausreichend, wir werden ihn zurzeit ablehnen. Dagegen verhehlen wir uns keineswegs, daß eine Menge von Fragen, die der Krieg für die Kommune aufgeworfen hat, ständig in Fluß erhalten werden müssen, und in der Beziehung werden wir es gewiß an uns nicht fehlen lassen. Sollte bei den einzelnen Deputationen ein Mangel an Initiative wahrgenommen werden, so ist ja immer noch die Versammlung da, um auf Abhilfe zu dringen. Dafür, daß jeder aus dem Felde Zurückkehrende auch Arbeit findet und nicht auf Unterstützungen angewiesen ist, hat die Stadt alle ihre Bemühungen aufzubieten; aber auch dazu bedarf es dieses Antrages nicht.

Im Schlußwort bedauert Stadtv. Dr. **Zadek** die ablehnende Haltung der Mehrheit.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dem Ersuchen der Versammlung, den nicht ständigen Hilfskräften an den Gemeindeschulen die erhöhte Vergütung für die Einzelstunde schon vom 1. April 1917 zuteil werden zu lassen, hat der Magistrat nicht entsprochen.

Die Stadtvv. **Brückner** (Soz.) und Dr. **Rosenfeld** sprechen ihr lebhaftes Befremden über diese Ablehnung aus.

Stadtschulrat Dr. **Fischer**: Nicht finanzielle Gesichtspunkte sind dabei ausschlaggebend gewesen, und der Kämmerer ist daran ganz unschuldig. Die nicht ständigen Hilfskräfte erscheinen dem Magistrat nicht den ständigen gleichwertig.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld** protestiert gegen die letztere Auffassung. Gerade die nicht ständigen Vertreter und Vertreterinnen ermöglichen doch erst den normalen Schulbetrieb.

Die **Neuordnung der Heimstättenverwaltung** gibt dem Stadtv. Dr. Weyl Veranlassung, anzuerkennen, daß damit der erste Schritt zu einer Vereinheitlichung der Verwaltungen der Krankenhäuser, Hospitäler und Heimstätten erfolgt ist.

Stadtmedizinalrat Dr. **Weber** gibt eine kurze Uebersicht des Wirkungsbereichs des ihm unterstellten Dezernats für die gemeinsamen Angelegenheiten der drei Kategorien. Das besondere Heimstättenkuratorium bestehe nach wie vor.

Stadtv. **Koblenzer** (Soz.) begrüßt besonders die neue Anordnung, daß bei der Aufnahme von Tuberkulösen in die städtischen Anstalten die Kostenregelung erst nachträglich erfolgen soll. Durch die Einrichtung des neuen Dezernats würden aber die Schwierigkeiten des bisherigen Geschäftsgangs, über die Klage geführt werde, nicht beseitigt.

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Zur **Vergrößerung**, Verbesserung und Aenderung der Anlagen der **Trockengemüseanstalt** beantragt der Magistrat die Bewilligung von 96 000 M. aus dem Verschußkonto.

Die Vorlage geht nach kurzer Besprechung an einen Ausschuß.

Die **Berufsvormundschaft für uneheliche Kinder** soll nach einem Vorschlage des Magistrats bis zur Volljährigkeit ausgedehnt werden.

Stadtv. **Manasse** (U. Soz.) begrüßt diese Vorlage mit ganz besonderer Freude und spricht dem Leiter der Einrichtung die vollste Anerkennung aus.

Einstimmig wird nach dem Vorschlage des Magistrats beschlossen.

Die **Pflegegelder** für die in Familienpflege befindlichen **Waisenkinder** und **Fürsorgezöglinge** sollen mit Rücksicht auf die zunehmende Teuerung eine weitere Erhöhung erfahren.

Die Versammlung stimmt zu.

Der Vorentwurf zum Neubau einer **Gemeindedoppelschule** in der Grünthaler Straße 4 (Kostenüberschlag 826 000 M.) wird genehmigt.

Zu der Vorlage über die Zahlung einer besonderen **einmaligen Teuerungszulage** seitens der Stadt befürwortet

Stadtv. **Brückner** (Soz.) auch die aushilfsweise Beschäftigten endlich zu berücksichtigen. Noch heute würden Diätensätze von 4.20 M. gezahlt, die im Verein mit der laufenden Kriegszulage angesichts der Teuerung absolut nicht genügten. Der Begriff „dauernd angestellt" müsse schärfer umrissen werden; damit würde man eine Reihe sehr unangenehmer Streitereien aus der Welt schaffen.

Stadtv. **Hintze** (U. Soz.): Auch jetzt wieder übergeht man die Arbeiter und Hilfskräfte. Wir wünschen bei der weiteren Verschlechterung der Verhältnisse die Berücksichtigung beider Klassen von Beschäftigten. Die Arbeiter werden von den einzelnen Verwaltungen aufzubessern sein; für die Hilfskräfte ist in dieser Vorlage der gegebene Platz. Auch ihnen muß die Zulage von 120 bis 200 M. zugesprochen werden.

Der Antrag Hintze, den Hilfskräften, soweit sie mehr als 6 Monate tätig sind, ebenfalls die Zulage zu gewähren, bleibt in der Minderheit; die Vorlage wird unverändert angenommen.

Die Vorlage über die **Gewährung von Kriegsbeihilfen** an Beamte, Angestellte und Arbeiter im Ruhestande sowie an Hinterbliebene von solchen gelangt zur Annahme, nachdem die Stadtvv. Brückner und Hintze die wohlwollendste Handhabung bei der Ausführung empfohlen haben, was bei dem außerordentlich niedrigen Satz von 30 Proz. der Beihilfe für die aktiven Beamten usw. doppelt notwendig sei.

Schluß gegen 8 Uhr.

Groß-Berlin

Die Kohlennot.

Ein Leser unseres Blattes schildert uns, wie es ihm erging, als er Kohlen kaufen wollte. Er begab sich lange vor Tagesanbruch zum Kohlenbahnhof Wedding in der Fennstraße, um die Gewißheit zu haben, daß er beim Verkauf berücksichtigt würde. Als er um 6 Uhr früh dort eintraf, hatte sich vor ihm bereits eine Käuferschar aufgestellt, die er auf etwa 300 Personen schätzte. Die in der ersten Reihe stehenden Personen erzählten, daß sie schon in der Nacht um ½3 Uhr angetreten seien. Er stellte sich hinten an, harrte stundenlang in der Kälte aus und sah nach Beginn des Verkaufes freudig dem Augenblick entgegen, wo auch er herankommen würde. Mit Verdruß erfüllte es ihn und die andern, daß Händler außer der Reihe abgefertigt wurden. Um 11 Uhr war er nach fünfstündigem Warten erst um ein Drittel vorgerückt — da riß den Leuten die Geduld und sie drängten zu den Kassen. Frauen und Kinder wurden umgerissen, ein Schutzmann sah sich bemüßigt geschoben, die Menge umringte die Schalter. Die Verkäufer suchten dem Andrang dadurch zu wehren, daß sie die Schalter schlossen, aber die Menge wich nicht. Da gab der Schutzmann bekannt, erst um 1 Uhr werde weiterverkauft. Entrüstung bemächtigte sich der Wartenden, die nun wieder noch zwei Stunden länger stehen sollten. Später, um ½1 Uhr, rückten noch drei Schutzleute an, die wohl das Geschäftspersonal herbeigerufen hatte. Alle wurden nun hinausgetrieben, wobei besonders einer der Schutzleute sich hervortat. Drohten sollten sie sich aufs neue anstellen, um dann noch wer weiß wie lange zu warten und schließlich doch keine Kohlen mehr zu erhalten. Der Einsender dieser Klage zog wie viele andere es vor, nach sechsundeinhalbstündigem Warten ohne Kohlen nach Hause zu gehen, wo er vollständig durchfroren eintraf.

Stellvertretung beim Schneeschippen.

Hausbesitzer in Berlin W teilen ihren Mietern folgendes mit: „Der Hauswart will die Beseitigung des Schnees seinerseits übernehmen, wenn er als Ersatz Ihrer Hilfe einen bestimmten Betrag erhält. Er stellt für den Rest dieses Winters die Forderung von M. 5.— für Mieter einer 5-Zimmerwohnung und von M. 3.— für Mieter einer 3-Zimmerwohnung. Ich stelle ergebenst anheim, sich mit dem Portier in Verbindung zu setzen, um gewissermaßen eine Ablösung für Ihre Hilfeleistung zu schaffen. Sollten Sie den Vorschlag nicht anzunehmen bereit sein, so müßten Sie selbst für die Hilfeleistung beim Schneeschippen sorgen."

Hoffentlich werden die Mieter so klug sein, nicht in diese Falle zu gehen. Denn die Verpflichtung zur Reinigung des Straßendammes liegt dem Hausbesitzer ob. Nur soweit dieser nicht imstande ist, die nötigen Arbeitskräfte heranzuschaffen, dürfen nach der Verfügung des Oberkommandos die Mieter zugezogen werden. Wenn der Hauswart sich bereit erklärt, die Reinigung gegen Entgelt zu übernehmen, hat natürlich der Hauswirt nicht das Recht, die Kosten auf die Mieter abzuwälzen, sondern muß sie selber tragen.

Zur Marmeladenverteilung.

Wiederholt sind uns in letzter Zeit aus den Kreisen unserer Leser Beschwerden über die unzureichende Marmeladenverteilung zugegangen. Es kommt darin zum Ausdruck, daß das im Herbst gegebene Versprechen, wonach pro Tag und Kopf 30 Gramm Marmelade gegeben werden sollten, jetzt nicht innegehalten wird, was um so bedauerlicher sei, als bereits die Verringerung der Fettration in Wirksamkeit getreten ist.

Auf unsere Anfrage bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird uns dazu mitgeteilt, daß die versprochenen 30 Gramm sich nicht nur auf Marmelade, sondern überhaupt auf Brotaufstrichmittel, also einschließlich auch auf Kunsthonig, Sirup und Rübensaft bezogen haben. Und dieses Versprechen ist von der Reichsstelle erfüllt worden.

Im verflossenen Wirtschaftsjahre wurde erst Anfang Februar mit der Verteilung von Brotaufstrichmitteln begonnen, sodaß insgesamt nur 2 850 000 Zentner Marmelade verteilt werden konnten, worunter sich das bekannte bis zu 60 Prozent mit Kohlrüben gestreckte Kriegsmus befand. In diesem Wirtschaftsjahre sind dagegen bereits jetzt 1 425 000 Zentner Brotaufstrichmittel, darunter 1 000 000 Zentner reine Fruchtmarmelade verteilt worden. Weitere 8 000 000 Zentner Brotaufstrichmittel befinden sich in der Verteilung. Es ist sonach bereits jetzt über fast das Doppelte derjenigen Menge verfügt worden, die im ganzen vorigen Wirtschaftsjahre verteilt wurde. Die Verteilungen erfolgen an die Kommunalverbände, die selbständig darüber bestimmen, wann und in welchen Teilmengen die Abgabe an die Verbraucher erfolgt.

Für Groß-Berlin sind im November 47 291 Zentner Marmelade und 14 186 Zentner Kunsthonig zur Verfügung gestellt worden, im Dezember wieder 47 291 Zentner Marmelade, 18 916 Zentner Kunsthonig und 7093 Zentner Rübensaft. Nach den Berechnungen der Reichsstelle sind somit in der erwähnten Zeit pro Tag und Kopf 38.6 Gramm verteilt worden. Für die neue Verteilungsperiode sind bereits 207 981 Zentner Marmelade und 75 630 Zentner Kunsthonig überwiesen worden.

Nach diesen Mitteilungen der Reichsstelle darf erwartet werden, daß die Kommunalverwaltungen in den nächsten Tagen mit der Verteilung der neu überwiesenen Mengen beginnen.

Gemüseversorgung.

Das Nachrichtenamt schreibt: In der gestrigen Sitzung des Lebensmittelausschusses Groß-Berlin wurde die Erstreckung der Zuständigkeit des Lebensmittelverbandes auf die Geschäfte der Oberverteilung des von der Reichsstelle für Gemüse und Obst zugewiesenen Gemüses und Obstes auf den Lebensmittelverband beschlossen. Die Zuständigkeit des Lebensmittelverbandes soll sich weiter auf die Aufstellung von Grundsätzen über eine etwaige Rationierung von Gemüse und Obst und die Festsetzung der Groß- und Kleinhandelshöchstpreise erstrecken. Damit wird wiederum auf einem wichtigen Gebiet eine Vereinheitlichung der Groß-Berliner Gemeinden und Kreise stattfinden.

Wo bleiben die Fische?

Zum ersten Male hat es in Groß-Berlin zu Neujahr keine Fische gegeben. Obgleich die Fische, besonders Karpfen, von den Zeitverhältnissen wenig oder gar nicht berührt worden sind, auch eine Menge gefangen wurden und auch größere Transporte nach Berlin gesandt wurden, war hier in den letzten Wochen kein Fisch zu sehen oder aufzutreiben. Alle Bemühungen in den Markthallen und alle Nachfragen bei den Fischhändlern waren vergeblich. Auch die im vorigen Jahr mit großen Hoffnungen gegründete Fischgesellschaft hüllte sich in tiefstes Schweigen. Wo die vielen Fische geblieben sind, mögen die Götter wissen.

Hugo Wolderski †. Am Mittwoch früh verstarb nach längeren Leiden unser alter Parteigenosse Hugo Wolderski. Mit ihm ist wieder einer der Alten dahingegangen, deren selbstlose Hingabe die jetzige Größe der Partei schuf. Als junger Tischlergeselle trat er hier in Berlin der Partei bei, als die Reaktion gerade zum ärgsten Schlage — dem Sozialistengesetz — ausholte, um die Partei zu vernichten. Alle Gefahren aber schreckten unsern Hugo Wolderski nicht und bald erwarb er sich durch seinen ruhigen Mut wie durch seine Gewandtheit das vollste Vertrauen der (damals geheim organisierten) Parteimitglieder Berlins, so daß sie ihn 1883 als Delegierten zum Kopenhagener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie entsandten. Kaum zurückgekehrt, traf ihn die Ausweisung aus Berlin, die er übrigens erwartet hatte. Hugo Wolderski aber wankte nicht in seiner Anschauung. Ueber Magdeburg gelangte er nach Köln, wo damals noch eine schwache Parteibewegung den schweren Kampf gegen das Zentrum führen mußte. Bald stand Hugo Wolderski wieder mitten im Kampf. Lange Zeit leitete er von dort aus die Expedition des verbotenen „Sozialdemokrat", auch vermittelte er oft den Druck des Blattes in Deutschland. Was diese Tätigkeit in der damaligen Zeit bedeutete, kann nur ermessen, wer die Parteigeschichte kennt. Hugo Wolderski verlor dabei nie seine Fröhlichkeit, aber seine Sehnsucht galt doch Berlin. So kam er dann auch nach Fall des Sozialistengesetzes wieder zurück. Auch hier ruhte er nicht; rastlos arbeitete er für die Partei. Erst im zweiten und dann im ersten Kreise tätig, bekleidete er verschiedene Ehrenposten, so als Vorsitzender, Vertrauensmann, Stadtverordneter usw. Schwer traf ihn die Zertrümmerung der Berliner Parteiorganisation durch die „Unabhängigen". Die von ihm so über alles geliebte Partei gespalten, das drückte ihn härter als alles persönliche Ungemach, das ihm in seinem Leben leider auch reichlich beschieden war. Er blieb der Partei treu, für die er sein ganzes Leben gegeben. Hugo Wolderski war ein entschlossener furchtloser Kämpfer, ein treuer Charakter, aber auch ein warmfühlender Mensch, der sein weiches Gemüt hinter eine rauhe Sprechweise zu verstecken suchte. Ihm war fremdes Leid mehr als eigenes Leid. Immer war er hilfsbereit, nur sollte niemand davon erfahren. Einem Wunsche entsprechend soll bei seiner Beerdigung von jeder größeren Veranstaltung Abstand genommen werden. Die Parteigenossen aber werden Hugo Wolderski in ihrem Herzen ein ehrendes Andenken bewahren, als einem guten Menschen, einem treuen Kameraden und einem furchtlosen Kämpfer.

Das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer. Eine Kundgebung zur preußischen Wahlrechtsreform veranstalten die westlichen Vorortgruppen des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer am Sonntag, den 6., in den Prachtsälen des Westens, Spichernstr. 3. Tagesordnung: „Friede und Vaterlandspartei. — Das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer." Vertreter der Parteien sind eingeladen.

Der Verein zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs hat im Lettehaus eine ständige Ausstellung eröffnet. Der Zweck der originellen Veranstaltung ist, das Publikum über die Bekömmlichkeit des Obst- und Gemüsegenusses und über die Verwendung des Gemüses und Obstes zu belehren. Zu diesem Zweck bedient er sich einer reichen Sammlung von Bildern, Modellen, Flugschriften, statistischen Karten usw. Unseres Erachtens wäre es allerdings erheblich zeitgemäßer und dankenswerter, wenn die verehrliche Vereinsleitung die Besucher ihrer Ausstellung darüber belehren wollte, wo sie das zweifellos sehr bekömmliche Obst und Gemüse zu den geltenden Höchstpreisen heutzutage bekommen können. Ueber die geeignete „Verwendung" der genannten Raritäten brauchte sich dann der Verein weiter keine Sorgen zu machen.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland veranstaltet am Montag, den 7. Januar 1918, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Str. 5, seine erste Versammlung, in der die Aufgaben und Ziele des Volksbundes erörtert werden sollen. Es werden sprechen: Reichstagsabg. Gen. Legien, der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald und Prof. Dr. Troeltsch. Eintrittskarten für Mitglieder und deren Gäste sind kostenfrei von der Geschäftsstelle des Volksbundes, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 29/30, zu beziehen, wo auch Beitrittserklärungen entgegengenommen werden.

„Der Wahre Jakob", Weihnachts- und Neujahrsnummer, ist jetzt eingetroffen.

Die Lichtspiele „Neue Philharmonie" bringen von heute ab ein neues Filmwerk „Rasputin" zur Aufführung.

Neukölln. Wintersport auf den Promenaden. Auf Beschluß des Magistrats sind jetzt die Promenaden des Hertzberg-, Reuter-, Weichsel- und des Wildenbruch-Platzes, ferner die Schiller-Promenade und die Promenaden in der Elbestraße, Bouchéstraße und Warthestraße den Kindern für Wintersport freigegeben worden. Infolgedessen ist eine Bestreuung dieser Promenaden mit abstumpfendem Material nicht mehr vorgenommen worden.

Kreis Teltow. Geschäftsabschluß der Sparkasse. Beim Abschluß des Jahres 1916 betrugen die Spareinlagen 135 889 118 M. Im Laufe des Jahres sind eingezahlt und an Zinsen gutgeschrieben insgesamt 164 103 589 M., an die Sparer zurückgezahlt 132 961 116 M. Somit hat sich der Einlagebestand um 31 142 473 M. erhöht und betrug am Schlusse des jetzt zu Ende gegangenen Jahres 167 031 592 M.

Oberschöneweide. Die Gemeinde als Zigarrenhändler. In dem Bestreben, die Einwohnerschaft nach Möglichkeit mit den erforderlichen Lebensmitteln zu versehen, haben die Groß-Berliner Gemeinden mit der Zeit einen recht umfangreichen Geschäftsbetrieb einrichten müssen. So hat sich jetzt die Gemeinde Oberschöneweide auch der „notleidenden" Raucher angenommen. Die Gemeindeverwaltung hat einen größeren Posten Zigarren verschiedener Preislagen angekauft, die nur an Zigarrenhändler, sonstige Geschäftsleute und Gastwirte abgegeben werden, um sie den Verbrauchern zuzuführen.

Gerichtszeitung.

Sparzwang zugunsten des Arbeitgebers. Ein von einem Buchdruckereibesitzer zu seinen Gunsten angewandtes Sparzwangsystem erklärte das Gewerbegericht Duisburg in einer soeben amtlich veröffentlichten Entscheidung für ungültig. Der Kläger in dem betreffenden Prozeß war vier Jahre als Lehrling und dann noch einige Zeit als Gehilfe tätig. In den letzten dreiviertel Jahren waren ihm vom Wochenlohn 1 M. und 50 Pf. zurückbehalten worden, die er erst nach fünfjähriger Tätigkeit ausbezahlt erhalten sollte. Im Falle eines früheren Verlassens der Stellung sollte der angesammelte Betrag als zugunsten des Arbeitgebers verfallen gelten. — Der Kläger focht mit Erfolg diesen Vertrag an und erreichte die Verurteilung des Beklagten zur Auszahlung der 63 Mark Spargelder. Die Abrede, so heißt es in der Begründung, verstoße gegen § 115 und 117 der Gewerbeordnung. Der Sparzwang sei hier augenscheinlich weniger dazu bestimmt, die Lage des Gehilfen zu verbessern, als die Arbeitskraft möglichst lange an den Betrieb zu fesseln. Der drohende Verlust der Spareinlagen im Falle vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses soll den Gehilfen veranlassen, mindestens fünf Jahre zu bleiben. Die Wohltat des Sparens tritt gegenüber diesem Zwange völlig in den Hintergrund, und der Sparer gerät dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber. Auch die Kündigungsfreiheit wird dadurch in unzulänglicher Weise beeinträchtigt. Die Vereinbarung könne darum nicht als rechtsgültig angesehen werden.

Die Entziehung der Gratifikation eine unzulässige Maßregelung. Der Buchhalter eines Mannheimer Werkes hatte mehrere Jahre hintereinander zu Weihnachten eine Gratifikation erhalten, und als er im Laufe des Jahres 1917 um Gehaltszulage bat, wurde ihm diese unter besonderem Hinweis auf die kommende Gratifikation abgeschlagen. Letztere wurde ihm aber schließlich doch vorenthalten, weil er sich zur Zeit der Verteilung im Kündigungsverhältnis befand, und zwar wurde er als einziger vom ganzen Personal ausgenommen. — Das Kaufmannsgericht Mannheim sah die Verweigerung der Gratifikation als eine unzulässige Zurücksetzung gegenüber den Mitangestellten an und verurteilte die Gesellschaft antragsgemäß zur Zahlung. In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es: Der Abteilungsleiter habe den Kläger, der um Gehaltserhöhung ersuchte, mit dem Hinweis auf die Gratifikation beschwichtigt. Nun liege in diesem Hinweis allerdings noch keine formale Zusage, aber nicht der Wortlaut sei ausschlaggebend, sondern der Sinn, und der konnte hier nur der sein, daß die Gratifikation wie in den Vorjahren, so auch im laufenden Jahre gezahlt werde. H. konnte demnach auf die Zuwendung rechnen und sie als zu seinem Gehalt hinzukommend bei seinen wirtschaftlichen Dispositionen berücksichtigen. Hierin sei zweifellos eine Bindung an die Gratifikationszahlung zu erblicken, falls nicht außergewöhnliche Umstände eintreten. Als ein solcher Umstand sei ein bestehendes Kündigungsverhältnis nicht zu erblicken. Anders wäre die Sachlage, wenn in dem Jahre überhaupt keine Gratifikation verteilt worden wäre. Hier sei aber der Kläger als Einziger ausgenommen worden. Das könne nicht als rechtsgültig angesehen werden.

Aus aller Welt.

Ein spanisches Schloß durch Feuer zerstört. Aus Madrid wird unterm 2. Januar gemeldet: Um 11 Uhr vormittags brach in dem Schloß in La Granja ein Brand aus, der sich infolge eines heftigen Windes in dem ganzen Schlosse ausdehnte, ehe die Feuerwehr eintraf. Er griff auch auf die Kollegiatskirche über. Kirche und Schloß sind vollständig zerstört. Mehrere Häuser in der Nähe brennen gleichfalls. Da alle Brunnen und Wasserleitungen zugefroren waren, wurde das Löschen sehr erschwert. Es konnten nur sehr wenige Gemälde und Wertgegenstände geborgen werden. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Explosion einer See-Mine. Nach einer Reuter-Meldung wurde am Mittwoch eine Mine in Pegwell-Bai zwischen Deal und Ramsgate ans Land gespült. Sie explodierte, als man sie aus dem Wasser holte. Sieben Personen wurden getötet, 20 verwundet; auch einige Häuser wurden zerstört. Die Erschütterung wurde auf mehrere Meilen gefühlt.

Englische Silvester-feuer. Der Berichterstatter der „Times" bei der britischen Armee in Frankreich meldet: Das neue Jahr wurde von den britischen Truppen mit einem plötzlichen Orkan von Geschützfeuer eingeleitet. Um Mitternacht wurden 12 Salven aus 12 Batterien abgegeben. Dabei wurden bestimmte Punkte systematisch beschossen, während die leichteren Geschütze einen Regen von Schrapnells über das ganze Gelände niedergehen ließen. Die Deutschen antworteten auf dieselbe Weise oder indem sie mehrere Minuten lang Gardinenfeuer abgaben.

Briefkasten der Redaktion.

H. P. 100. Alles eingeführte Getreide kann auf die Brotration angerechnet werden. — **P. M. 18.** 1. Die Löhnung betrug 5,30 M. 2. Es besteht kein Anspruch auf Zigarren und Tabak. 3. Nein. — **F. 1527.** 1. Nein. 2. Chronische Erkrankungen der Augenlider. — **1882.** 20 M. für die Frau und 10 M. für jedes Kind Staatsunterstützung, dazu kommt ein eventueller Gemeindezuschuß. Der Mietszuschuß müßte Ihrer Frau gewährt werden. Eine eventuelle Beschwerde wäre an den Regierungspräsidenten einzureichen. — **O. T. 80.** Wenn Sie den Vertrag nicht mit unterschrieben haben, müßte die Kündigung Ihrem Mann zugestellt werden. Wenden Sie sich an das Mieteinigungsamt. — **Spandau 00.** 1. Ja. 2. Umgehend. 3. und 4. Nein. — **O. H. 76.** Sie können bei der Steuerkasse eine Extraunterstützung beantragen. — **J. St.** 1. und 2. Ja. — **J. A. 40.** Sie haben Anspruch auf Bezahlung der Feiertage. — **J. L. T. 837.** Nein. — **A. 18.** Ja, wenn im Mietsvertrag nicht ausdrücklich bestimmt ist, daß die Kündigung nur durch eingeschriebenen Brief erfolgen muß. — **A. S. 45.** Nein. — **O. J. E. 587.** Nein. — **Kurt. Schönau.** Wie die Mannschaften der einzelnen Jahrgänge zur Entlassung kommen, wissen wir nicht. Das liegt in der Kommandogewalt des Kaisers. — **R. M. 107.** In den Beförderungsvorschriften ist eine Veränderung nicht eingetreten. — **R. R. Teltower 69.** Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben Sie nicht, auch nicht auf Kriegselterngeld, da Ihr Sohn Sie vor seiner Einberufung zum Militär nicht unterstützt hat. — **D. 110.** Ja. — **W. R. Trebtow.** 1. Bis 31. Dezember 1917. 2. Harn- oder Geschlechtskrankheit. — **E. R. 102.** Ja. — **Mazedonier 80 761.** Die Zeit rechnet nicht als Dienstzeit. — **Rheinau.** Anspruch auf Nachzahlung besteht nicht. — **G. N. 500.** 1. Absoluter Anspruch auf Urlaub besteht nicht, er soll, soweit es der Dienst zuläßt, nach Jahresfrist gewährt werden. Verheirateten Mannschaften, besonders solchen mit großer Kinderzahl, sollen, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat beurlaubt werden. 2. Für uneheliche Kinder wird die Unterstützung weitergezahlt. Anspruch auf Kriegswaisenrente besteht nicht. — **J. T.** Ja. — **M. P. S. 1.** 1. Anspruch auf Wohnungszuschuß kann die Mutter erheben, wenn der eine der Brüder den Mietsvertrag geschlossen oder wenigstens als Mieter mitunterzeichnet hat. 2. Anspruch auf Invalidenrente kann sie trotzdem erheben. — **Idral-Passage.** Die Unterstützung kommt in dem Fall in Wegfall, es könnte nur Armenunterstützung gefordert werden. — **E. J. 27.** Nein. — **M. U.** Nein.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Vielfach heiteres, aber noch veränderliches Frostwetter, keine erheblichen Niederschläge.

Sozialdemokrat. Verein für Berlin V. (S. P. D.)

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse, der Arbeiter

Fritz Pump

(Linienstr. 61a) am 19. d. M. im Alter von 65 Jahren verstorben ist. 223/10

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Polierer

Friedrich Neuke

(Köpenick, Biesdorfer Str. 12) am 30. v. Mts. gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Walter Wojtkowiak

(Nieder-Schöneweide), Berliner Str. 60) am 27. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

221/10 **Die Ortsverwaltung.**

Blumen- und Kranzbinderei vom Robert Meyer.
Inh.: **P. Golletz** *
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10303.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
(Bezirk Norden I.)

Am 30. Dezember starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Oswald Anders.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 2 Uhr auf dem Immanuel-Kirchhof in Weißensee, Falkenberger Chaussee, statt.

148/1 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl.
Filiale Groß-Berlin.

Am Montag, den 1. Januar 1918, verstarb unser Mitglied, der Töpfer

Gustav Krämer

(Bezirk Schöneberg)

im Alter von 56 Jahren nach kurzem Krankenlager an Nierenschrumpfung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Januar, nachmittags, von der Leichenhalle des Friedhofs in Stahnsdorf aus statt.

Der passende Zug fährt 11 Uhr 50 Min.

Um rege Beteiligung ersucht

102/11 **Der Vorstand.**

Pelzgarnitur, 2/18 elegant 70,-, Damenulster, Pelzf. Fuchsformkragen 35,-, Martin-Luther-Str. 44 III, **Tausinger.**

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken betreffend Beschlagnahme von Papier zur Anfertigung gelochter Papiersäcke (Sackpapier) tritt am 5. Januar 1918 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 5. Januar 1918.

(730. I. Mil. 17. II. Ang.) **Der Polizeipräsident.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Linienstraße 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 6. Januar 1918, vormittags 9½ Uhr:

Branchenversammlung
aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Das pünktliche und vollzählige Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist unbedingt erforderlich. Für jeden Betrieb wird die Zahl der Anwesenden festgestellt.

221/11 **Die Ortsverwaltung.**

Königl. Preuss. Klassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse: 8. u. 9. Januar 1918

1/8	1/4	1/2	1/1 Lose
5	10	20	40 M. und Porto

bei Vorausbezahlung für alle 5 Klassen

25	50	100	200 M. und Porto

Hahn, Königl. Preußischer Lotterie-Einnehmer **Berlin S 14**
Prinzenstraße 79, am Moritzplatz.

Tägl. Gewinnlisten zur Preuss.-Südd. Klassenlotterie 1.—5. Klasse zum Preise von 3 M. versendet portofrei
H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14,
Alexandrinenstr. 70 und Prinzenstr. 79.

Kranken- u. Sterbekasse der Bauarbeiter in Berlin Zuschußkasse.
Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, bei **Wilke,** Sebastianstr. 39:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung des Kassierers, Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 2. Abänderung des § 6 der Kassensatzung. 3. Ersatzwahl des Vorstandes: a) ersten Vorsitzenden, zweiten Kassierers, eines Beisitzers und drei Ersatzmänner; b) Wahl des Aufsichtsrats und der Ersatzmänner. 4. Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
I. A.: **H. Meyke.**

Spezial-Arzt
Dr. med. Haschè,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden,** spezifischen Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Haarausfall,
Schuppenbildung, Juckreiz, Hautflechte, kreis. örtl. Kahlh. Gründl. Spezialbehdl. **Dr. phil. Herzfeld, Charlottenburg,** Kantstr. 34 (Savignyplatz), tgl. 9-1, Sonnt. 9-11

1000 Verdienstmöglichkeiten
bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld. Die beste Gewähr einer umfassenden allgemeinen und fachlichen Ausbildung bietet die **Methode Rustin** (Mitarbeiter: 5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Prof.).
Rasche und gründliche Ausbildung
ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium. **Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch**
Bonness & Hachfeld,
Potsdam. Postfach 224.

Monopolfrage und Arbeiterklasse von Heinrich Cunow u. a. Dürfte bald im Vordergrund der politischen Erörterungen stehen. Preis gebunden 5,—, brosch. 4,— M. Vorwärts-Sortiments-Buchhandlung, Lindenstraße 3, Laden.

Moderne Kostüme,
Mäntel,
eleg. Kleider, Röcke
aus la Stoffen, neueste Formen! 218L
Ulster, Plüsch- u. Tuchmäntel
Sammet-Kostüme Kleider Mäntel Jacketts
Blusen! Regenmäntel!
Gr. Auswahl — alle Größen
Fabriklager — Verkauf an Private.
MICHAELIS
Mauerstr. 80, 1 Treppe neben Konzerthaus.
Sonntag von 12—2 geöffnet.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. **Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche.** Erprobteste Methoden **Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.** *
Königstr. 34/35, Bahnhof Alexanderpl. Spr. 10—1u. 5—8, Sonnt. 10—1

Asthma mit Hustenanfällen und starker Verschleimung findet wirksame Hilfe d. **Reichels Echte Asthmatropfen,** berühmt durch ihre Wirkung. Ueber 25jährige glänzende Erfolge. M. 3,75.
Otto Reichel,
Berlin 13, Eisenbahnstr. 4.

Wintersonnenwende.

Seit dem 21. Dezember wendet sich die Erde in ihrer Bahn um die Sonne, und sie erreicht am 1. Januar ihr Perihelium, d. h. ihre größte Sonnennähe. Damit beginnt erst der eigentliche astronomische Winter, der dann bis zum 21. März, dem Frühlings-Aequinoktium dauert.

Das sind grundlegende Sätze der astronomischen Geographie, die seit der täglichen Erfahrung des Lebens nicht zusammenzufallen scheinen. Denn von der größten Sonnennähe merken wir im Januar wahrlich nichts, und seufzend empfinden wir es in den Kriegsjahren besonders schmerzlich, daß der astronomische Winter nicht mit dem wirklichen zusammenfällt. Wäre nicht die Wende von der Abnahme zur Zunahme der Tageslänge, so würde das Perihel für das Empfinden des Alltags spurlos verschwinden im Einerlei der kalten, düsteren, sonnenarmen und froststarrenden Wintertage.

Und dennoch — für den tiefer in die Natur Blickenden ist der große Abschnitt im Leben des Jahres wohl erkennbar, und gut sichtbar sind die Fäden, die von da zu manchen Symbol und Brauch leiten, dessen wahrer Sinn und Ursprung längst verschüttet schien.

Nicht an das Erste und Oberflächlichste soll dabei erinnert werden, daß der erste Januar wirklich oft genug der Wendepunkt des ganzen Winters ist, von dem ab es wirklich kalt, erst richtig Winter wird, mit Schnee, Hochfrost und gleichmäßigem Wetter. Viel tiefer reicht die Wende hinab, vom klimatologischen zu dem davon so abhängigen biologischen Gesetz.

Des Volkes unbeirrbare Weisheit, als welche man seine Erfahrung bezeichnen kann, wußte das schon längst und kleidete es in die Orakel alter Weiblein, die das Aufblühen der „Barbarazweige" nicht vor Weihnachten weissagen. Man schneidet sie zwar im November oder zu Beginn des Dezember vom Baum, stellt sie aber vergeblich vor dem Fest auf den Tisch. Denn erst die Wintersonnenwende bringt die zarten, milchweißen Kirschblüten aus ihnen zutage.

Die zwölf heiligen Nächte von da bis Neujahr haben die Kraft, die Blüten des neuen Obstsegens aufzuwecken, sagten schon die Altvorderen davon, und haben vielerlei kultischen Gebrauch um die „Rauhnächte" gesponnen, als eine hochheilige, erwartungsvolle Zeit, mit der ein neues Lebens ins Jahr tritt, schon lange bevor die Priesterlehre von der Geburt des Heilands dem alten Glauben neue Deutung gab.

Immer wieder kehrt in diesen Volksbräuchen, die zahllos sind, eine grundlegende Anspielung wieder im Schmaus und Weihnachtsgebäck als schmückender Zierat der Festtafel und des Weihnachtsbaumes, und das ist der Hinweis auf das neue Leben, das von jetzt ab wieder entstehen kann und soll. Die Sonnenwend' läßt die Woge des Lebens, die seit den ersten kühleren Nächten des August ganz allmählich verebbte und in den lichtlosen Wochen des Dezembers nahezu völlig verronnen war, wieder ansteigen und Kraft gewinnen zum neuen Siegeszug über die Erde, dem das Aphelium, die Sonnenferne, am 2. Juli ebenso ein Ende bereiten wird, wie noch stets im majestätischen Rhythmus, in dem das Sein auf Erden wird, um zu sterben, und stirbt, um zu werden.

Die Pflanzenforscher haben zuerst dem tiefen Gesetz nachgehangen, das dahinter steckt. Ein russischer Botaniker, Askenasy, hat entdeckt, daß schon lange vor der Wintersonnenwende alle Knospen von Blüten und Blättern fertig sind, zum Austreiben. Aber sie vermögen es nicht. Gerade in den Tagen vom 25. Dezember bis 1. Januar gewinnen sie die „innere Befähigung" dazu. Wenn man es in der Sprache ausdrückt, die er dafür anwendet, so heißt es: es tritt in dieser Periode eine innere Umstimmung ein, die das neue Wachstum veranlaßt. Von da ab ist es nur mehr die Frage des „Klimas", wann es im Walde Frühling wird. Es gab schon Jahre, in denen der Januar wochenlang April- und Maitemperaturen bescherte, und den Aelplern ist solches durch den Föhn sogar in jeder Generation geläufig. Da blühten denn die Frühlingsboten und die Obstbäume kleideten sich in Blütenschnee. Aber im Dezember ward solches noch nie erlebt. Man kann die Barbarazweige wohl durch ein „künstliches Klima", nämlich Stubenwärme und warmes Wasser, schon im Dezember zum Austreiben bringen, aber nie vor dessen zweiter Hälfte; gewöhnlich blühen sie gerade an dem Tag der Sonnenwende selbst auf; auch die Gärtner, von denen die Blumensehnsucht der Großstädter die Künste der Frühtreiberei verlangt, wissen es, daß man wohl Sommerblüher aufhalten und Rosen und Maiblumen dann noch im November und Dezember verkaufen kann, daß aber die eigentliche und leichte Frühtreiberei erst mit Weihnachten einsetzt und dann im Januar und Februar ein Kinderspiel ist.

Die Jäger und Tierkundigen hingegen wissen, daß es genug Tiere gibt, die nicht erst den Mai abwarten, um eine Familie zu gründen, sondern damit noch mitten im Schnee, bei Temperaturen beginnen, bei denen wenigstens im Menschenherzen im Walde jeder Gedanke an Liebe erfrieren würde. Die Krähen beginnen im Februar, oft schon im Januar damit; auch die Wölfe, die Füchse, sogar die Hasen denken noch im Schnee an die Pflicht, ihre Art nicht aussterben zu lassen; niemals geschieht dies aber vor Weihnachten.

In den Teichen und Bächen lebt eine tausendgestaltige Kleinwelt zierlicher Pflanzen und winziger Tiere am Grunde, die es alle sehr wohl merken, wann es Winter wird. Sie bauen ihm vor und bilden, oft auf großen Umwegen und mit Anstrengung aller Kraft, die in solch ein Tröpfchen Lebensstoff gelegt ist, Dauerzustände, ruhende, wohlverschlossene Kapseln, in denen sie wie in einem gläsernen Sarg alles Ungemach des Winters ungefährdet überstehen können. Es schadet ihnen dann die Kälte nicht; sie ertragen es, wenn die Gewässer bis zum Grunde ausfrieren; ja, man will beobachtet haben, daß sie gerade danach besonders lebensfrisch, nämlich fortpflanzungsfroh Auferstehung im Lenz feiern. Ihr Lenz beginnt aber nicht mit den linden Lüften und dem Knospensprießen, sondern gerade dann, wenn es erst richtig kalt wird, im Februar und Januar. Wenn man ganz genau nachforscht, beginnt er unmittelbar nach der heiligen Zeit der Zwölfernächte. Dann sprießt am Grund der Bäche eine samtbraune weiche Decke aus Millionen dieser Kleinpflänzchen, und bis es am Bachesrand richtig Frühling wird unter den Weiden, ist die ganze Lenzespracht im Wasser schon wieder vorbei. Dagegen ist es von den ersten Frösten bis Weihnachten still und traurig bestellt auch in der Kleinwelt des Wassertropfens. Noch tummeln sich einzelne Nachzügler des Sommers darin, aber jeder Tag läßt neue ihr schützendes Gehäuse aufsuchen; und just von Mitte bis Ende Dezember erleben auch sie die große „innere Wandlung" der Wintersonnenwende, die nun schon wie ein allgemeines Lebensgesetz allerorten aus der Natur zu uns spricht.

Was aber für alles Leben gilt, kann auch in des Menschen Dasein nicht spurlos vorübergehen. Und in dem ersten Augenblick, da man nach den Spuren dieses Gesetzes in unserem eigenen Bezirk sucht, drängen sich auch schon die bisher unverstandenen und nun so lichtvollen Tatsachen zu.

Die uralten kultischen Gebräuche aller Völker messen den Wendepunkten der Erdbahn im Dezember und Juli Bedeutung bei. Besonders die Wintersonnenwende wird darin als Scheidewand zweier Lebensabschnitte hervorgehoben, von denen der alte vergangene mit einer Periode der Ruhe und Besinnung beschlossen, der neue aber mit Kräftesammeln, mit besonders guter Ernährung und Lebensfreude begonnen wird.

Advent ist in diesem Sinne ein tiefernstes Wort und die „stillen Wochen" vor dem Fest des Winters wurzeln in einem Naturgesetz. Schon in der vorchristlichen Zeit durfte man in diesen Tagen der sinkenden Lebenskraft keine Ehe schließen; wohl aber begann auch schon lange vor dem christlichen Kalender mit dem Winterfest der „Fasching", die Zeit des frohen neuen Lebens, die von der menschlichen Natur nie anders empfunden wurde, sie als die wahre Zeit der Eheschließung, als der große Aufstieg der Fortpflanzung, so wie auch im Weiher, im Spätwinterwald und im heimlichen Lebenszentrum der Pflanzenknospen wirkt.

Jeder Einzelne kann es an sich selbst erleben, wenn er nur ein wenig Acht hat auf die stille und doch so deutliche Sprache seines Körperlebens. Goethe, von dem berichtet wird, daß er in den Wochen vor der Wintersonnenwende tagelang in sich gekehrt, wortlos, brütend und tatenlos saß, ist auch darin wie ein Symbol der Menschheit. Der Januar bringt uns neuen Herzschlag und andere Körpergefühle, den Kranken neue Hoffnung und oft günstige Wendungen, den Schaffenden bringt er neue Anregungen. Und Lombroso, der sich die Mühe gab, eine große Zahl geistiger Leistungen auf ihre Entstehungszeit hin zu prüfen, findet die uns jetzt nicht mehr erstaunliche Tatsache, daß ihre Zahl im Januar und Februar sprunghaft ansteigt gegenüber dem November und Dezember, zu welcher Zeit sie sinkende Tendenz aufweisen.

Ein und dasselbe Gesetz ist es also, das sich ausprägt im Kultur- und Naturleben, im Geistigen und im Leiblichen. Sitte und Gebräuche, Rechtsanschauung, Sage und Religion, Körperkraft und Gesundheit, das Gesetz der genialen Leistungen, die Teilungen der Wassertierchen, die innere Umwandlung der Sträucher und Bäume, das Liebesleben der Vögel und des Wildes, all' das verrät den gleichen Rhythmus und ist mit einem geheimen und unbegreiflichen Faden angesponnen an den ehernen Gang der Gestirne und das große Weltgesetz des Nieveränderlichen. In tausend Gestalten erschimmert das Ewigeine, und in die 182 Tage vom Perihel bis zur Sommersonnenwende ist das ganze Weltgeheimnis eingeschlossen.

R. Francé.

Das Butterland Sibirien.

Weit über eine halbe Million Zentner Butter hat in den letzten Friedensjahren Sibirien nach Deutschland geliefert, und doch war diese Menge nur ein kleiner Teil der gesamten Butterausfuhr dieses Landes. Sie kam in der Hauptsache England zugute, während wir sibirische Butter meist nur im Winter bezogen, wenn England sich mit australischer Butter versorgte. Infolgedessen haben die Engländer mehr als dreimal soviel Butter verbrauchen können als die Deutschen, nämlich 13½ gegen 6 Zentner pro Kopf. Wie Prof. E. Rath in der „Umschau" ausführt, kam die sibirische Butter erst vor zwanzig Jahren auf den europäischen Markt und wurde mit der Bahn nach den baltischen Häfen geschafft. Die Ausfuhr über See geschah hauptsächlich von Riga und Windau. Zunächst war der Zustand der Butter nach der langen Reise etwas fragwürdig, aber schon 1899 wurden besondere Kühlwagen beschafft und dann schnell in großer Zahl erbaut. Da die Bahnfahrt nach Riga nur etwa 13 Tage dauerte, gelangte die Butter tadellos an ihren Bestimmungsort. Die gesamte Fahrtdauer von Sibirien (Tscheljabinsk) bis Hamburg beläuft sich auf 14—15 Tage, und die Butter kam namentlich im Winter stets so in Deutschland an, daß sie im Geschmack gar nicht von deutscher Ware zu unterscheiden war. Nur Kenner sagten ihr ein etwas schwächeres Aroma nach. Die Hauptmärkte für sibirische Butter waren nächst London Kopenhagen und Hamburg. Abgesehen davon, daß die Handelsbeziehungen durch den Krieg wichtige Veränderungen erfahren dürften, ist zu beachten, daß die Meereswirtschaft in Westsibirien noch einer großen Entwicklung fähig ist, da der Milchertrag durch die Einführung eines modernen Betriebes noch auf das Doppelte gesteigert werden könnte. Der Viehstand in jenen Teilen Sibiriens wird auf 25 Millionen Stück geschätzt, so daß dort weit mehr Rinder als Menschen leben.

Maskierte Tiere.

Wo wäre es im Fasching auch dem phantasiebegabtesten Menschen eingefallen, sich beispielsweise als Auwald, als Uferböschung oder Gartenbeet zu kostümieren?

Und doch gibt es Tiere, die solches tun, und nicht, wie wir, nur ein paar fröhliche Stunden, sondern ihr ganzes Leben lang. Im warmen Uferschlamm der gesegneten Adria, in den seichten Untiefen ihrer Küsten leben diese wunderlichen Gesellen, die so unzufrieden sind, Krabben zu sein und durchaus pflanzliche Geschöpfe vortäuschen wollen. Nicht nur dulden sie, daß Algenbüsche, Polypenkolonien, Schwämme, Röhrenwürmer und selbst Seeanemonen sich auf ihrem flachen, breiten Rücken ansiedeln, nein, wo all das sich nicht von selber einfinden will, beladen sie sich unermüdlich mit Büscheln von Meerespflanzen, die sie mit ihren Scheren abkneifen und über sich halten. Sogenannte „Angelbaare" auf ihrem Panzer übernehmen sehr bald die Rolle hilfreicher Hände und ein winziger Wald marschiert seelenvergnügt im Sand umher, ein Wald, unter dem spähende Stielaugen, gepanzerte Waffenzangen und ein ewig hungriger Magen lauern. Diesem letzteren und seiner ungestörten Sättigung zuliebe wird die ganze Maskerade wohlt hauptsächlich aufgenommen, denn das Schutzbedürfnis ist bei Tieren, die ohnedies so ausgezeichnet ihrer Umgebung angepaßt sind, kaum mehr so besonders groß.

Besonders drollig ist es nun, solche Krabben im Aquarium zu beobachten, wenn man ihnen die gewohnte Hülle abgestreift hat. Verzweiflungsvoll irren sie umher und beladen sich mit allem, was sie aufzufinden vermögen. Selbst Glasscherben, Blech- und Holzstücke, sogar Leichen der eigenen Stammesangehörigen werden nicht verschmäht, sondern oft mit großem Kraftaufwand fortgeschleppt. Die Gefangenen glauben wohl, verhungern zu müssen, wenn sie nicht unter dem Schutz einer mehr oder weniger geschickten Verkleidung ihre Beute, die aus Seegarnelen und ähnlichem besteht, anschleichen können. Und trotzdem die Hand des Aquarienbesitzers gleich einer höchst realen Vorsehung für die Wünsche ihres Magens sorgt, lassen sie selbst nach langem Aufenthalt im künstlichen Bassin nicht davon ab, sich zu maskieren und ihre Maske mit dem Eigensinn seit Generationen erprobter Erfahrungen festzuhalten.

Notizen.

— Vorträge. Prof. W. Schubring hält einen zehnstündigen Vortragszyklus im Schillersaal Charlottenburg über das Thema Dantes „Göttliche Komödie". Die Dichtung und ihre Illustration vom 14.—19. Jahrhundert. Abonnements zum Preise von 6,50 M. Beginn am 9. Januar 9 Uhr.

— Theaterchronik. Das neue Werk von Hermann Burte: Simson, wurde für das Deutsche Theater zur Uraufführung angenommen.

8]

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

„Aber, Frau Krüger, haben Sie ihm denn gar nicht geschrieben?"

„I, wo wer' ich!" Die Krüger warf den Kopf in den Nacken. „Wenn er nich schreibt! Aber nu wer' ich an ihn schreiben, jaja. Herr Bertholdi wird gewiß so gut sein, mir sagen, wie ich's anfangen soll. Korsika — auf Korsika — ach Gott, das is wohl sehr weit? Mein Junge, mein guter alter Junge!" Es zuckte in ihrem Gesicht als wolle sie weinen; aber es kamen keine Tränen. „Wenn man böse auseinandergegangen is mit einem, dann is das Warten auf ihn noch viel schrecklicher. Das glauben Sie man!"

* * *

Langsam ging die Krüger von der Bertholdischen Villa die Straße hinunter. Die Sonne stand hoch, die Hitze war lähmend. Sie schlich im Schatten. Und doch hätte sie eigentlich gehen sollen wie eine ganz Junge, laufen, fliegen — ihr Gustav, ihr Gustav lebte ja! Ein schwerer Gang stand ihr noch bevor. Den mußte sie machen. Als sie mit Frau Bertholdi gesprochen hatte, war ihr das gekommen, wie in einer plötzlichen Aufwallung: sie mußte zu dem Mädchen hingehen. Sich einmal nach dem umsehen, sich selber überzeugen, wie es ihm ging, damit sie es dem Sohn schreiben konnte. Und lieber wollte sie dann gleich gehen, sofort. —

Es war ein weiter Weg von hier bis dahin. Früher hatte die Hieselhahn ganz in der Nachbarschaft gewohnt, nicht weit vom alten Kirchhof, hinten heraus in der Blumen- und Kränzebinderei. Da hatte der Gustav sie auch kennen gelernt. Dann war sie fortgezogen. Jetzt sollte sie entgegengesetzt wohnen, ganz draußen, da, wo die Villen ein Ende haben und Arbeiterwohnungen, in gleichförmigen Bauten, aus Feldern, die nicht mehr Aecker, aber auch noch nicht Gärten sind, ragen. Frau Krüger hatte hier nie etwas zu suchen gehabt, nun aber suchte sie von Haus zu Haus. Sie schwitzte, sie hinkte schon. Die Füße taten ihr weh. Dieses Gehen in der Mittagsglut machte sie sehr müde. Hier war gar kein Schatten, die Bäumchen, die zur Seite der Straße angepflanzt waren, standen noch jung und klein. Es wäre ihr sonst nie eingefallen, um diese Stunde ihren schattigen Garten oder ihr kühles Zimmer, in dem der Tisch schon gedeckt stand, und das behagliche breite Sofa, das zu einem Mittagsschläfchen einlud, zu verlassen. Aber heute ging es nicht anders, sie hatte Versäumtes nachzuholen; sie wollte wieder gutmachen. Wenn sie dem Gustav schreiben konnte, daß sie die Gertrud aufgesucht hatte, freundlich mit ihr gewesen war, daß sie das Kind gesehen hatte — sein Kind — dann würde er sich freuen. Sie würde einen Brief von ihm bekommen, einen versöhnlichen Brief, und sie würde, sie würde — ja, was würde sie denn? Das wußte sie jetzt selber noch nicht. Das würde sich finden.

Mit einer Entschlossenheit, die ihre Müdigkeit überwand, suchte die Mutter weiter. Sie fand die Hieselhahn nicht. Wohnte die vielleicht auch hier nicht mehr? Schon gingen die Häuser zu Ende. Endlich erfuhr sie vom Postboten, der des Weges kam: „Hieselhahn — Fräulein Hieselhahn —? Ach so, die mit dem Kind! Die wohnt noch weiter draußen, in dem kleinen Gehöft an dem Kartoffelland, bei Streckenarbeiter Dombrowski." —

Frau Krüger stieß die vermorschte Lattentür auf und betrat den eingefriedeten Hof. Es sah hier recht einfach aus, ziemlich armselig. Geringes Ackergerät stand umher; eine Schiebkarre, Schippe, Besen, ein paar schadhafte Körbe. An der offengebliebenen Tür eines leeren Bretterschuppens, den kläglich miauend eine Katze umschlich, hing ein verschlissener Männerrock, den Wind und Wetter zur Vogelscheuche gemacht hatten, und ein alter Filzhut, der nur eine Krempe, aber keinen Kopf mehr hatte. Dieser zerwehte Rock, der durchlöcherte Hut, der leere Schuppen hatten etwas Trauriges und Verlassenes, obgleich die Sonne hell schien. Frau Krüger fühlte eine Beklemmung: so sah es hier aus? Nur das Geschnatter einer Gans, die jetzt heranwatschelte, und ein mauseriges Huhn, das im Sand kratzte, beruhigten sie; das war doch etwas einigermaßen Vertrauenerweckendes.

Eine Frauengestalt, die Aermel hochgestreift, die Füße in Holzpantinen, stand an einer Bütte vor der Haustür und spülte Kinderwäsche. Sie mußte sich tief bücken, Schweißtropfen perlten ihr hinab ins Waschfaß, aber sie hatte flinke Hände. Und fleißig war sie.

Das war die Hieselhahn! Frau Krüger erkannte sie sofort, obgleich sie sie nur flüchtig ein paar Mal gesehen hatte. Sie blieb ganz still stehen und sah der Fleißigen zu. Sehr armselige Hemdchen, aus schon dünn getragenem altem Zeug zusammengenäht, ein paar winzige Jäckchen und Windeln!

Frau Krüger wischte sich den Schweiß ab: war das unerträglich heiß heute! Und zu Hause hatte sie noch so viele gute Kindersachen!

Aus dem niedrigen Fenster zu ebener Erde erscholl jetzt eine kräftige Kinderstimme, ein lautes, ungestümes Geschrei.

„Ja, ja, na, warte man, du!" Die Waschende hob den Kopf, da begegnete ihr Blick dem fest auf ihr ruhenden Auge der Krüger. Sie stutzte; sie schien einen Augenblick nachzudenken, dann flog ein rasches Rot über ihr Gesicht. Etwas Feindseliges kam in ihren Ausdruck. „Sie wünschen?"

Frau Krüger wußte sofort: die hat dich erkannt, und böse ist sie dir auch noch. Hatte die Hieselhahn nicht Groll in den Augen — etwas Herausforderndes — oder war es nur Abwehr? Aber das half ja jetzt alles nicht, jetzt mußte sie gutmachen, sie kam wegen Gustav, ja, wegen Gustav, und — wegen — — —

Das Kindergeschrei erhob sich immer stärker, und mitten in das Geschrei hinein sagte die Krüger — sagte es ganz ruhig, aber das Herz schlug ihr dabei: „Ist das der Kleine? 'ne gute Lunge. 'is doch 'n Junge, was?"

„Jawohl," sagte die junge Mutter kurz und kehrte sich ab, um ins Haus zu gehen.

Da faßte die alte Mutter einen starken Entschluß: sie durfte sich nicht an die Abwehr der anderen kehren, sie mußte der sagen, was sie zu sagen hatte, die mußte hören. Und mit einem großen Schritt war sie bei dem Mädchen und faßte es beim Handgelenk: „Sie, wissen Sie was? der Gustav lebt!"

„Was geht mich das an?" Die Hieselhahn wollte gleichgültig tun, aber dann wurde sie doch totenblaß. Sie strebte nicht mehr fort, sie blieb stehen. Mit weitgeöffneten, fast angstvollen Augen starrte sie seine Mutter an: warum, warum kam die und sagte ihr, ihr das?! Wollte die sie wieder beleidigen, ihr wieder wehe tun wie damals? Oh, sie wußte sehr wohl, die mochte sie nicht leiden, die hatte es hintertrieben, daß Gustav ehrlich an ihr gehandelt hatte. Aus sich selber hätte der ja niemals gesagt: „Das Kind ist nicht von mir." Er wußte es ja, daß sie keinen andern angesehen hatte, seit er mit ihr verkehrt, daß sie nicht einmal den Kopf nach einem andern gedreht hatte. Was kam nun seine Mutter und sagte ihr: ‚Er lebt'? Für sie war er tot, doch tot, und wenn auch Nachricht von ihm gekommen wäre.

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Der Bettler.**
Sonnabend: **Don Carlos.**
Sonnt. nachm. 2½ Uhr (halbe Preise): D. deutsch. Kleinstädter
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Kinder der Freude.**
Sonnabend: **Kinder der Freude.**
Sonnt. nachm. 2½ U. (halbe Preise): **Gespenster.**
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrundb. Schönh. Tor.
7½ Uhr: **Hedda Gabler.**
Sonnabend: **Nathan der Weise.**

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 U.: **Die Straße nach Steinaych**
Komödienhaus
½8 Uhr: **Erdgeist.**
Berliner Theater
7½ U.: **Die tolle Komteß.**

Anita Berber
Trude Hesterberg
Kurt Fuss
Jan Paul
sowie der
vollständig neue
Januar-Spielplan

Zirkus A. Schumann.
Bahnhof Friedrichstraße.
Anfang 7½ Uhr.
Letzte Saison in Berlin.
Das einzig, dastehende
Januarprogramm.
10 Tiger Sawade 10
u. d. übr. Spezialitäten.
Mexiko.
Orig.-Ausstatt.-Pantomime
Sonnt. 3½ u. ab 7½ U.
Nchm. Kinder halbe Preise.
I. bd Vrgt. Mexiko, 10 Tiger

Theater für Freitag, den 4. Januar.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½: **Die Csardasfürstin**
Snt. 3½ U.: **D. Kind d. Exzellenz**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
7½ Uhr: **Geldzauber.**

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Morg. 3½: Kl. Dorch. u. d. Zinns.
Sonnt. 3½ U.: Die Kinokönigin.

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 2511
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Lustspielhaus 7½ Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Lilli Grün.**

Schiller-Theater O
7½ Uhr: **Pauline.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Die selige Exzellenz.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Egon und seine Frauen.**

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Wie alte Jungfern

Theater des Westens
7½ Uhr: **Der verliebte Herzog**
mit Guido Thielscher.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Carmen.**

URANIA
8 Uhr:
Tier und Mensch in der Wildnis.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Zum 1. Male: **Der Heiratskandidat.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 U.
Der neue aktuelle Schlager
Hamsterfritze.
Berliner Posse in 3 Aufzügen.
Vorher das neue Januar-Progr.
Elliot, Barnow, Prinz, 2 Ewos.
Sonnt. 4 U.: Die Friedenstaube.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½, und Sonntag nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger.
„Mein Weihnachtstraum".

Nachmittags ermäßigte Preise!

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes patriotisches Konzert
verbunden mit der Feier des Allerhöchsten Geburtstages, veranstaltet vom Verein ehem. Kameraden des Grenadier-Regiments König Friedrich der Große (3. Ostpr.) Nr. 4.
Mitwirkende: Frl. Gemma Holtin, Humorist Herr Georg Kühn. Rheingold-Trio drei Gebrüder Kühn
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 7½ Uhr.
Alle Vergünstigungen aufgehoben.

NATIONAL-THEATER
Cöpenicker Str. 68, 5 Min. Jannowitzbrücke.
83, 87, 88, 19, 22, 29, 32, 36, 37, 45, 46, 49, 11, 1, 2, 3, 4, 6 usw.
½8 **Großer Erfolg!** ½8
Studentenliebchen. Operette in 3 Akten von Walter Bromme.
Sonder-Ermäßigung bis 7. Januar
Orchester-Sessel statt 4.30 M. 1.-4. Reihe 2.10 M
Orchester-Sessel statt 3.80 M. 5.-8. Reihe 1.80 M.
inklusive Garderobe.
Vorverkauf: 10½ bis 2 und ab 6 Uhr abends.

Circus Busch
Tägl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ U
Cliff Curran
d. schwankende Phänom.
2 Montaldos,
equilibrist. Dressur-Akt
3 Veras
bester Drahtseil-Akt
Karl Reinsch
auf „Czardasfürst"
Runkel-Rappos
kom. Intermezzo usw. usw.
Zum Schluß:
Mondfahrt.

Palast
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½
Vollst. neues, in dieser Zusammenstellung noch nicht gebot. Programm.
Gastspiel
Hartstein
„Er oder Er."
Hella Ingrid
?? Rama u. Sama ??
„Das Hörrohr"
mit **R. Steidl**
u. **A. Müller-Lincke.**
Neueste
Zwergvogel-Dressuren.
u. s. w.

Zirkus
Krone auf der **Bühne**
d. **Viktoria-Theaters**
(früher Sanssouci)
Kottbuser Str. 6.
Tel. Moritzplatz 14814.
Hochbahnst. Kottb. Tor.
Tägl. 7½ Uhr.
Mittw., Sonnabend, Sonntag 3½ und 7½ Uhr.
Tiger, Löwen, 7 Elefanten 7
und der große Spielplan.
Vorverk. Zirkus u. Werth.

Walhalla-Theater.
Heute wegen Vorbereitung geschlossen. Morgen: Gastspiel der deutsch-türkisch. Operetten-Gesellschaft **Am goldenen Horn.**

Trianon-Theater
Georgenstr., Bhf. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
½8 Uhr **Der** ½8 Uhr
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz, v. Möllendorff, Mart. Kettner.
Stg. 3½, kl. Pr.: Hedda Gabler.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Milda Breiten
Ingo Brand
u. das hervorragende Januar-Programm.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 6. Januar 1918:

Im großen Saale veranstaltet der **3. Kreis** sein

Winterfest.

Humoristische und Gesangsvorträge. Lolote van Haagen mit ihrem neuen griechischen Tanzkostüm, Anny Gragat in ihrem neuen Repertoire als Trine Pillesø aus Pillefallen und das **Berliner Sinfonie-Orchester.**

In den **Parterresälen (Mahagoni- und Muschelsaal)**
erweiterter Restaurationsbetrieb.

Sonntag mittag:

Jägersuppe	0,30	Rouaden, deutsch	3,00
Zanderfilet in Weißwein	2,50	Zeitgans	4,00
Spinat m. Beilage	2,00	Kompott oder Salat	

Heute und morgen:
Hühnerbrühe a Liter 60 Pf. und darin gekochte Hühner ein halbes 5,00 M.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich 7½ Uhr:
Ledige Mütter.
Sonntag, d. 6. 1. 18, nachm. 3 Uhr:
Die Prinzessin vom Nil.
Abends 7 U.: **Ledige Mütter.**

Admiralspalast
7½ Uhr:
Deutsche Tänze von Schubert.
Abrakadabra.

Apollo
Friedrichstr. 218. 7½
12 Attraktionen
Außerd. d. Stimmungsb.
Seemannsleben.
Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß.
Friedrichst. 125 (Oranienb. T.), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.), Blutuntersuch. Schnelle, sichere schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 252/12*
Sprechstund.: 11—1 u. 6—8.

Zur Erweiterung ihrer **Gemüsepflanzungen** im nächsten Frühjahr nimmt die **Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft** jetzt weitere **Mitglieder** mit Anteilen zu **hundert Mark** als **stille Teilnehmer** auf.
Auch die neuen Mitglieder erhalten in den **Verteilungsstellen Kopenhagener Str. 4** (beim Ringbahnhof Schönhauser Allee) und **Petersburger Straße 4a** einen halben Zentner

Weißkohl

solange die Vorräte noch reichen. Auf mehrere Anteile entsprechend mehr. 117/5*
Näheres in den genannten Verteilungsstellen und durch den **Vorstand der Norddeutschen Gemüsebau-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstr. 27 III.** Zimmer 76.
Kriegsanleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen.

Knochenmühlen,
Haushaltmühlen, Kaffeemühlen.
Jede Größe. Sofort lieferbar.
Verkauf **L. Simon, Berlin N.**
Putbuser Str. 4. II. Stockwerk

Verkäufe

Pelzkragen und Muffen in Blau-, Silber-, Grau- und Alaskafüchse, ferner Skunks, Marder, Iltisse sowie in allen besseren Fellorten. Ohne jeden Zwischenhandel in meiner Werkstatt, **Kölnischer Fischmarkt 1,** zwischen Breitestraße und Städtischer Sparkasse. Beer. 365R*

R. Trotzky: **Rußland** in der Revolution. Jetzt sehr aktuell. Preis 7,50 Mark. Hauptexpedition des „Vorwärts", Berlin, Lindenstr. 3 (Laden). *

Pelzgarnituren kauft man am allerbesten im weltberühmten Pelzleihhaus nur Grunewaldstraße 72, Eisenacherecke. 15K*

Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, müssen Sie in den Blauen Bazar laufen. Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz. 25R*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Maßenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Herrenhosen, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Pelzgarnituren! Riesenauswahl! Allerbilligste Preise! Skunkskragen, Alaskafüchse, Rotfüchse, Blaufüchse, Silberfüchse, Kaninggarnituren. Neue Herrenanzüge! Uhrenverkauf, Schmucksachen! Silberstaschen! Leihhaus, Warschauerstr. 7. *

Hilfsbuch für Elektrotechnik von Dr. Karl Strecker. 908 Seiten mit 800 Figuren im Text. Hauptexpedition „Vorwärts", Lindenstr. 3 (Laden). *

Holzräder 50-, 45-, 40-, 35-, 30er Leiterwagen (eigenes Fabrikat), Klappsportwagen, Lieferwagen. Alle Reparaturen an Korb- und Kinderwagen. Korbmacher Weidlich, Brunnenstraße 96. (Firma achten!) 122R*

Pelzkragen, Pelzmuffen, Skunks, Fuchs und andere Arten Pfandleihe Küstrinerplatz 7. 40R*

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blau-, Kreuzfüchse, Iltisse und alle anderen Pelzarten, Wanduhren, Taschenuhren, Schmucksachen, Brillanten, Silbertaschen, neue Herrengarderobe. Sonntags geöffnet. 181R*

Zuchtgeflügel, Landhoshühner, Jungherinnen, Einzelhähne, Rassehühner, Puten, Enten verkauft Böttcher, Boxhagenerstraße 10. 78R

Polizeihund, einjährig, Prachtkerl, verkauft Böttcher, Boxhagenerstraße 10. 78R

Abrichtmaschine zu verkaufen. Stellmacher Burmann, Reinickendorferstraße 81. †168

Leiterhandwagen, Auswahl, Holzräder. Kowalski, Schmidstraße 43. 2/17*

Möbel

Wohnzimmer! wie nußbaum, Kleiderschränke, Vertiko, Trumeau, Umbauten, Moquettsofa, Bettstellen mit Matratzen, Küchen in großer Auswahl billigst. Nußbaum gebrauchtes Büfett 250,—. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 110R*

Außerordentliche Preiswürdigkeit und gediegenste Ausführungen weisen noch immer die enorm großen Lagerbestände in aparten, modernen und schweren Speise-, Herren- und wundervollen Schlafzimmern des bestrenommierten und beliebten Möbelhauses M. Hirschowitz, SO., Stalligerstraße 25. Hochbahn: Kottbuser Tor. 130R*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. Blaue Schilder beachten. Sonntags 12—2 geöffnet. 66R*

Schlafzimmer, Speisezimmer, Eiche, neu, Küchen verkauft noch billigst Siebeky, Gneisenaustraße 93/94. 78R*

Musikinstrumente

Pianos, erstklassige Gelegenheiten, Friedensware. Klaviermacher Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 115/10*

Pianinos, billigste Gelegenheiten, 700,— aufwärts, Duysenpianos, Schwechtenpianos, Biesepianos, Blüthnerflügel, Duysenflügel. Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 210/1*

Pianos, neue und wenig gebrauchte. Hartkopf, Strasburgerstraße 9 (Schönhauser-tor). 210/2*

Piano, gut erhalten, verkauft Henschel, Graeystraße 19/20, IV. 5 bis 8. 124/5b

Kaufgesuche

Piano, privat, bis 800,—, kauft Schwanke, Neukölln, Hermannstraße 229. 57R*

Seltkorken, Weinkorken, beschlagnahmefrei, sowie alle andere und neue Film- und Zelluloidabfälle, Schallplatten, Walzen, auch zerbrochene, kauft Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. 128R*

Spiralbohrer, Werkzeuge, Filmabfälle, Bestecke, Uhren, Ringe, Ketten usw. kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Kottbuserdamm 66 (Hermannplatz). 129R*

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Spiralbohrer! kauft jedes Quantum, jede Dimension Metalleinkauf, Beusselstraße 3. 117R*

Elektro-Installations-Materialien aller Art kauft preiswert Putscher, Prinzessinnenstraße 4. Moritzplatz 12 912. 109/18*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, Film- und Zelluloidabfälle, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Brod, Berlin, Cöpenickerstr. 29. Telephon Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Leinölfirnis, Standöl bis 24,00, alle Oellacke, für ganz helle Ware bis 16,00, kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. Nollendorf 2379. 240/4

Spiralbohrer, Stahl für Drehbank kauft Suhr, Helmholtzstraße 16. 77R*

Kinderwagen, gebrauchten, modernen, kauft Herzog, Kopernikusstraße 22. Preisangabe. 2/15

Unterricht

Tanzschule Friedrich, Michaelkirchstraße 39. Täglich Anfängerkurse. Donnerstag moderne Tänze. 72R*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Verschiedenes

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 163. 40R*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Aeltere Kutscher und Stallleute verlangt Fuhrgeschäft Gerichtstraße 17. 73R*

Beleuchter sofort gesucht. Meldungen im Maschinenhaus A. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Straße 1/2. 107R*

Heizer sofort gesucht. Meldungen im Maschinenhaus A. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Straße 1/2. 107R*

Laufjunge, Laufmädchen für sofort gesucht. Berliner Spediteur-Verein Aktien-Gesellschaft, Lausitzerstraße 44. 122/5b*

Aelterer Dreher auch auf Tischlereimaschinen für Dauerstellung verlangt Maschinenfabrik Ohrsch, Pankstraße 89. †168*

Radfahrer verlangt Georg Stille, Verlagsbuchhandlung, Mittelstraße 18. 124/7b

Korbmacher verlangt Johann Hensels, Berlin-Weißensee, Langhansstraße 33. †18

Schriftschauer, sauberer, der auch gut zeichnet, als Erster sofort. Schober Nachflg., Neue Königstraße 2. †43

Hausdiener erhält sofort Anstellung. Meldungen ½9—10, 12—½2, ½6—½7 Uhr. A. Wertheim, Moritzplatz. 132R

Zuschneider aus der Branche verlangt Filzschuhfabrik Goldmann, Cöpenickerstraße 126. 125/1b

Junge Mädchen gesucht. Nährmittelfabrik „Lebomar" A. E. Weber u. Co., Charlottenburg, Werner-Siemens-Straße 20/21. 74R*

Kontoristinnen, tüchtige, nicht unter 18 Jahren, mit guter Handschrift, sofort gesucht. Meldungen von 1—2 Uhr mittags oder 6—7 abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Straße 1/2. 107R*

Putz-Zuarbeiterinnen und Lehrfräulein für sofort oder später verlangt Julius Viktor, Potsdamerstr. 39a, und Kantstraße 6, am Zoo. 77R*

Aufwärterin, zuverlässig, sofort gesucht. Löwe, Bülowstraße 61, I. 124/8b

Aufwärterin für Bureau und frauenl. Haushalt tagsüber gesucht. Kochkenntnisse erforderlich. Birkner, Heidestraße 48. 78R

50 tüchtige Arbeiterinnen auf bessere Kostümjacketts im und außerm Hause. Blödorn, Kottbuser Damm 24. †160*

Zwickerinnen im Hause verlangt Schuhfabrik Goldmann, Cöpenickerstraße 126. 125/6b

Zeitungsausträgerin sofort einzustellen. Vorwärtsspedition Moabit, Wilhelmshavenerstraße 48, von 11—1½ und 4½—7 Uhr. *

Botenfrauen sofort verlangt Ausgabestelle Greifenhagenerstraße 22. *

Botenfrauen verlangt sofort Ausgabestelle Berlin-Westen, Blumenthalstraße 8, Hof, rechterre bei Stolpmann. *

Frauen zum Zeitungsaustragen sucht „Vorwärts"-Ausgabestelle Alt-Moabit 56, Laden. *

Zeitungsträgerin verlangt Spedition, Prinzenstr. 81. *

Zeitungsausträgerinnen werden sofort eingestellt „Vorwärts"-Spedition, Markusstraße 26. *

Zeitungsfrau verlangt „Vorwärts"-Spedition Neukölln, Siegfriedstraße 28/29. *

Zeitungsträgerin sofort verlangt Spedition Lichtenberg, Wartenbergstraße 1, Laden. *

Zeitungsausträgerin verlangt Bernsee, Steglitz, Mommsenstr. 59. *

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts"-Spedition Schöneberg, Meiningerstraße 9. *

Zeitungsausträgerinnen können sich melden. „Vorwärts"-Ausgabestelle, Lausitzerplatz 14/15.

Botenfrau für den Bezirk Erasmusstraße verlangt „Vorwärts", Sesenheimerstr. 1. *

Heizer stellt sofort ein
Brauerei Julius Bötzow,
1547 L **Prenzlauer Allee 242.**

Schlosser und Rohrleger
sucht 140L
Hermann Tietz.
Meldungen in der Hausinspektion Krausenstr. 51.

Tüchtige Setzer
dauernd verlangt.
Oskar Müller u. Co.,
Köpenicker Str. 22.

Frauen
für Kellerarbeiten und zum Flaschenspülen verlangt **Roedel u. Beiter G. m. b. H.,** Alexanderstr. 22. 15342

Maschinist
für Kühlanlagen erhält sofort Anstellung. 1332
Meldungen von ½9—10, 12—½2, ½6—½7 Uhr.
A. Wertheim G. m. b. H.
Moritzplatz.

Stopperin, geübte, auf Schuhfleiter u. Pantinenblätter gesucht. Witte, Kolonnenstr. 7. Nollend. 4339

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter und **Platzarbeiter**
in größerer Zahl, ferner 50/7*
Sattler, Glaser, Werkzeugschlosser, Kupferschmiede, Rohrleger, Klempner, Bleilöter und **Böttcher.**
Arbeiter-Annahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22.

Tüchtige **Steindruck-Anlegerinnen** sofort verlangt
Vereinigte Kunstinstitute A.-G. vorm. Otto Troitzsch,
1537L **Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 59.**

Lagerarbeiter
für Material- u. Stahlrohrausgabe
stellt ein 1549L
Albatros Ges. Friedrichshagen.

Vizemeister für Montage von Land- und Wasserflugzeugen
gesucht.
Es kommen nur Bewerber in Frage, die schon längere Zeit in gleicher Eigenschaft in der **Flugzeugbranche** tätig sind. 1548L
Sablatnig Flugzeugbau G. m. b. H.,
Schlesischestr. 26.

Tüchtiger Eisenbetonpolier
sowie **geschulte Eisenbetonfacharbeiter**
für dringenden Heeresbau in Deutschland sofort gesucht. Für Verpflegung und Unterkunft ist gesorgt. Zu melden bei 1/20*
B. Liebold & Co. A.-G.,
Holzminden.

Einrichter
für Automaten und Revolverbänke stellt ein 15522
Titania-Werk G. m. b. H.,
Berlin-Schöneberg,
Sachsendamm 44.
Zu melden bei Meister Pfennig.

Löterinnen,
welche schon auf Gasmesser gearbeitet haben, wollen sich melden bei
„Vesta"
Apparate- u. Metallwarenfabrik,
Komotauer Str. 26.

Betriebsschlosser
gesucht. 15512*
Chr. Schröder u. Co.,
G. m. b. H.
Maschinenfabrik,
N 39, Chausseestraße 88.

Tüchtige Mamsells
im Hause auf seidene Jacken sucht
Joseph Meyer,
115/13* Kronenstr. 33.

Erweiterung von Estland. Das Estnische Bureau in Stockholm teilt mit: Durch Verfügung der Petersburger Regierung ist Narva, die frühere Hauptstadt Ingermanlands, dem Gebiet Estlands angegliedert worden. Sofortige Maßnahmen zur Verwaltungs-Zentralisation der bisher nicht zusammenhängenden Ortschaften von Narva, Iwangorod, Joachimsthal und Kränholm nebst ihrer Teilnahme an den Wahlen zur estnischen Nationalversammlung sind angeordnet worden. Damit hat die estnische Grenze den Narovafluß überschritten.

Die sofortige Einberufung des Reichstags abgelehnt.

Im Seniorenkonvent wurde am Donnerstag der Arbeitsplan für die nächste Zeit vereinbart. Der Antrag, den Reichstag sofort einzuberufen, wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Der Ausschuß wird seine Beratungen die nächsten Tage hindurch fortsetzen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion trat am Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen. Die Genossen Scheidemann und Ebert erstatteten Bericht über die Verhandlungen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben. An diese Berichte knüpfte sich eine Debatte über die Ostfragen.

Herr von Waldow und die Höchstpreise.

Vom Nachrichtendienst des Kriegsernährungsamts erhalten wir folgende Zuschrift:

In dem „Vorwärts" vom 29. Dezember 1917, Nr. 356, wurden Ausführungen über den ehemaligen Oberpräsidenten von Pommern, Herrn von Waldow, und die seinerzeit unter ihm angeblich erfolgte Höchstpreisüberschreitung bei der Hindenburgspende veröffentlicht. Da wir die hierzu seitens der „Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern" erfolgte Richtigstellung in Ihrem geschätzten Blatte noch nicht gelesen haben, wären wir für eine Bekanntgabe der betreffenden Zuschrift, deren Wortlaut wir anschließend folgen lassen, dankbar.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern schreibt:

„Die aus der „Liberalen Korrespondenz" entnommene Mitteilung über „Herr von Waldow — einst und jetzt" enthält vollkommen unrichtige Angaben über die Ausführung der Sammlungen für die Hindenburgspende im Jahre 1916/17 durch die Pommersche Landwirtschaftskammer. Es ist unwahr, daß von seiten der Landwirtschaftskammer die damaligen Höchstpreise für Speck, Schmalz und Schinken mißachtet worden sind. Wahr ist vielmehr, daß sie ausschließlich die für Stettin geltenden Höchstpreise gezahlt hat; Stettin war der Erfüllungsort, da dort die Hauptsammelstelle für die Hindenburgspende eingerichtet war, bei der die Sammlungen aus der ganzen Provinz zusammenflossen und von wo sie an die Empfangstellen weitergeleitet wurden."

gez. Dr. Krull.

Wir können in dem Schreiben der Landwirtschaftskammer durchaus keine befriedigende Aufhellung des Sachverhalts erblicken. Nach dem Schreiben sind den Landwirten „die für Stettin geltenden Höchstpreise" gezahlt worden. Was bedeutet das? Es gibt drei Arten von Höchstpreisen: Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelshöchstpreise. Selbstverständlich hatten die Landwirte nur Anspruch auf die Erzeugerhöchstpreise. Der Ausdruck „die für Stettin geltenden Höchstpreise" deutet aber darauf hin, daß man den Erzeugern die Großhandels-, wenn nicht gar Kleinhandelshöchstpreise gezahlt hat. Also hier ist Aufklärung dringend geboten. Wir vermissen auch jedes Eingehen auf die sehr detaillierten Angaben der „Lib. Korr.", wie z. B. darauf, daß in den amtlichen Kreisblättern unter Angabe ungesetzlicher Preise zur Lieferung aufgefordert worden ist usf.

Untersuchungsstoff für Herrn v. Waldow.

Geschäfte der Stadt Bensberg.

Neulich kam in dem großen Bremer-Prozeß in Köln heraus, daß die Stadt Bonn größere Mengen Mehl zu 2,10 M. das Pfund an die Maschinenbauanstalt „Humboldt" in Köln-Kalk verhandelt hatte. Ein Teil des Mehls hat leider die Arbeiter des „Humboldt" nie erreicht, sondern ist auf dem Umwege über einen Agenten und die Schwindelfamilie Bremer zentnerweise an Regierungsräte und sonstige „Schwerstarbeiter" gelangt. Auf eine „kleine Anfrage" des Abg. Behrens kam dann eine große Antwort, wonach das Geschäft selbstverständlich in schönster Ordnung gewesen war. Nun ein neuer Fall: Auf einem Kölner Güterbahnhof sind **etwa 100 Zentner inländisches Mehl** beschlagnahmt worden, die aus dem Lager der Stadt Bensberg bei Köln stammen. Das Mehl hatte im Weiterverkauf schon 3,10 M. **das Pfund** erreicht. In Bensberg gibt es zahlreiche Schwer- und Schwerstarbeiter, die für das Mehl recht dankbar gewesen wären.

Engere und breitere Basis.

Zur Ostfrage.

Ueber die Lösung der Ostfrage schreibt die „Germania" in einem Artikel, der um so mehr Beachtung verdient, als die „Germania" das Zentralorgan der Partei ist, welcher der jetzige Reichskanzler entstammt:

Wir glauben, daß im Mittelpunkt der parlamentarischen Erörterungen dieser Tage die Frage des Selbstbestimmungsrechtes jener Grenzvölker stehen wird, deren Länder der Krieg in unsere Hand gebracht hat. Das ist schon deshalb zu erwarten, weil in der Hauptsache nur über diesen Punkt zwischen Deutschland und dem neuen Rußland eine volle Einigung noch nicht zustande gekommen ist. Unsere Friedensunterhändler hielten an den Voten der Landesausschüsse als dem Ausdruck der wahren Volksmeinung fest, während die Russen nach einem besonderen Referendum zu verlangen schienen. Dieser Gegensatz ist aber keineswegs ein solcher in der grundsätzlichen Auffassung des Selbstbestimmungsrechts für die betreffenden Grenzländer, sondern nur eine Frage der Ausführung. An dem Grundsatz wird die deutsche Regierung unserer Ueberzeugung nach ebensowenig rütteln lassen wollen, wie die russische Vertretung. Es wird also wohl möglich sein, daß man für die Verwirklichung des Rechtstitels, den der Friedensvertrag den Polen, Litauern, Kurländern usw. geben will, eine mittlere Linie findet, **die in der Hauptsache an den vorhandenen Volksvertretungen als Willenserklärer festhielte, sie aber auf eine breitere Basis stellen würde, wo es wünschenswert erscheint.** Wenn man dann zur schnellen Durchführung des so ermittelten wahren Volkswillens die Hand bieten wollte, könnten die Ostfragen zur beiderseitigen Zufriedenheit so schnell endgültig erledigt werden, wie es zu wünschen vor allem die Russen, denen die innere Ordnung ihrer Länder am Herzen liegt, guten Anlaß haben dürften.

Es scheint uns ein nicht recht lösbarer Widerspruch, an vorhandenen Willenserklärungen festhalten und sie gleichzeitig auf eine breitere Basis stellen zu wollen. Das ist doch nur möglich unter der unumstößlichen Voraussetzung, daß die Willenskundgebung auf breiterer Basis genau ebenso ausfällt, wie die auf der schmaleren. Macht man dies Resultat von vornherein zur Bedingung der Abstimmung auf breiterer Basis, so kann man hier von einer Willenskundgebung im Sinne des Wortes nicht mehr reden. Andernfalls aber ist es unmöglich, unter allen Umständen an der Willenskundgebung des engeren Kreises festzuhalten.

Die Nationalitätenpolitik des Grafen v. Reventlow.

Wenn die Konservativen den Ton und die Prinzipien, wie sie auf den ostelbischen Klitschen im Schwange sind, auf ihre innere und äußere Politik übertragen, so ist das schließlich nicht mehr als „bodenständig". Wenn sie aber versuchen müssen, die wirklichen politischen Realitäten mit ihrer sogenannten Realpolitik in Einklang zu bringen, so werden sie mitunter komisch. So Graf Reventlow in einem Artikel der „Deutschen Tagesztg.", überschrieben „Die Besorgnisse der Hungerfriedensmehrheit". (Soll wohl heißen „der Mehrheit, die nach dem Frieden hungert"). Darin heißt es:

„Gesetzt den Fall, die Ostseeprovinzen mit Litauen würden tatsächlich, nicht nur zum Scheine, fest an das Deutsche Reich angeschlossen: was für ein Rußland könnte dadurch mit Bitterkeit erfüllt werden?"

Da unseres Wissens nur ein Rußland existiert, halten wir diese Frage für recht überflüssig. Er fährt fort:

„Wir glauben in aller Bescheidenheit behaupten zu dürfen, daß man sich in Finnland darüber nicht erregen wird. Auch die Bevölkerung der Ukraine dürfte sich in der Betreibung ihrer eigenen Angelegenheiten dadurch nicht irremachen lassen, vielmehr höchstens mit Wohlgefallen eine solche Gestaltung der Dinge begrüßen."

Wenn Herr von Reventlow das so genau weiß, so ist es uns unerfindlich, warum er kraft der ihm angeborenen Bescheidenheit nicht so lange wartet, bis er die Ostseeprovinzen geschenkt bekommt.

Weiter meint er:

„Warum, beiläufig bemerkt, die Mittelmächte nicht gesondert mit der Ukraine verhandeln, ist eine Frage, die wohl näherer Untersuchung wert wäre. Unseres Erachtens wäre es nur natürlich, außerdem in jedem Sinne vorteilhaft das zu tun."

Wobei Graf Reventlow an das Wort „Teile und herrsche!" denkt, was manchmal ganz richtig sein kann, aber nicht immer. Denn die Politik ist kein Baukasten.

Die „Kreuz-Zeitung" für das gleiche Wahlrecht.

Unser Standpunkt, daß allein das gleiche Wahlrecht eine gerechte Würdigung der Leistung der Kriegsteilnehmer in sich berge, wird von den Konservativen zwar jetzt heftig bekämpft, ist ihnen aber gar nicht so fremd. Tatsächlich hat die „Kreuz-Zeitung", woran jetzt die „Intern. Korr." erinnert, nach einem bedeutungsvollen Kriege genau denselben Standpunkt eingenommen. Sie hat — es liegt allerdings weit zurück — das Dreiklassenwahlrecht hart kritisiert und das Reichstagswahlrecht gerade im Interesse der Kriegsteilnehmer gefordert.

Als führendes Organ der Konservativen fällte am 18. April 1867 die „Kreuz-Zeitung" folgendes vernichtende Urteil über das preußische Wahlrecht:

„Dies Wahlsystem ist nichts anderes als die Repräsentation des Geldkapitals mit dem lügnerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geldaristokratie, welches alles Höhere und Edlere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht."

In Vorahnung der heutigen Zeit setzte sich aber die damalige „Kreuz-Zeitung" auch schon mit besonderem Eifer für das gleiche politische Recht der Kriegsteilnehmer ein, die nicht hinter den Kapitalisten zurückstehen dürften. In diesem Sinne schrieb die „Kreuz-Zeitung":

Solch einem traurigen System gegenüber halten wir **das allgemeine Wahlrecht für einen wirklichen Fortschritt.** Wir wollen hierbei kein entscheidendes Gewicht darauf legen, daß gegenüber der allgemeinen Militärpflicht das allgemeine Stimmrecht als ein schwer abzuweisendes politisches Korrelat erscheint, und daß jedenfalls, um die bekannten Ausdrücke zu wiederholen, **die Blutsteuer ebenso schwer wiegen sollte wie die Gewerbesteuer.** Was für unsere Beurteilung das Maßgebende ist, ruht insbesondere darin, daß in Ermangelung einer wirklichen ständischen Vertretung **das allgemeine Stimmrecht das einzige ist, was Logik und Prinzip enthält."**

Diese Ausführungen stimmen inhaltlich überein mit den von uns schon vor längerer Zeit zitierten Aeußerungen Hermann Wageners, des geistigen Leiters der „Kreuz-Zeitung" in jener Zeit, der nach dem Kriege von 1866 es für äußerst ungerecht erklärte, wenn ein Gewürzkrämer aus der Rosengasse ein höheres Wahlrecht haben sollte, als der mit dem Ehrenzeichen geschmückte Kämpfer aus der Schlacht von Königgrätz. Aber was waren die verhältnismäßig leichten Siege und kurzen Feldzüge von 1864 und 1866 gegen den jetzigen Weltkrieg. Wieviel gewinnen nach den Ereignissen der letzten 3½ Jahre die Ausführungen der „Kreuz-Zeitung" von 1866 an Berechtigung und wieviel schärfer verurteilen sie das Verhalten der „Kreuz-Zeitung" von 1917!

Nochmals das Getreide des Herrn v. Heydebrand.

Abg. v. Heydebrand sendet uns folgende Berichtigung:

Es ist unwahr, daß ich im Frühjahr 1917 so gut wie mein gesamtes Getreide aus der Ernte von 1916 unausgedroschen liegen gehabt und nichts abgeliefert habe. Wahr ist nur, daß der Ausdrusch eines Teiles — etwa eines Sechstels — der Gesamternte 1916/17 auf meinen Besitzungen sich länger als sonst verzögert hatte, weil der starke Winterfrost die Ventile des Dampfkessels unbrauchbar gemacht und der als Ersatz mit großer Mühe herangeschaffte Benzolmotor ebenfalls durch die abnorme Kälte eine schwere Schädigung erhalten hatte, **die erst Anfang Mai von der Fabrik repariert werden konnte,** wozu die zu jener Zeit eingetretene öffentliche Benzolsperre kam, während welcher Betriebsstoff wochenlang trotz dringendsten Ansuchens nicht zu erlangen, auch sonst kein Dreschersatz zu beschaffen war.

Es ist unwahr, daß aus der vorjährigen Ernte meiner Besitzungen auch nur ein Zentner Getreide unter die Preise der diesjährigen Ernte gebracht oder gar unter Benutzung der Frühdruschprämie verwertet worden ist. Wahr ist vielmehr, daß sämtliches Getreide der vorigen Ernte schon wochenlang vorher bei der zuständigen Stelle zu den alten Preisen abgeliefert worden war, ehe die Preise neuer Ernte eintraten.

Da wir bereits aus freien Stücken am 28. Dezember 1917 die inhaltlich völlig gleiche Erklärung, die Herr v. Heydebrand der konservativen Presse übersandt hatte, abgedruckt haben, so erscheint diese Berichtigung zum mindesten überflüssig. Im übrigen halten wir voll aufrecht, was wir damals im Anschluß an diese Erklärung unter der Ueberschrift „Vier Fragen an den Landrat von Militsch" geschrieben haben.

Zulagen zur Invalidenrente.

W. T. B. meldet vom 3. Januar: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung fand heute die Zustimmung des Bundesrats.

Die Entschädigung für Fliegerschäden. Die Militärverwaltung vertritt den Standpunkt, daß sie nicht verpflichtet ist, die Schäden zu ersetzen, die im Reichsgebiet durch feindliche Flieger angerichtet worden sind. Man hat die Pflicht der Entschädigung vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung vorerst den Bundesstaaten, in denen der Schaden entstand, überwiesen. Diese Bundesstaaten lassen sich aber Zeit mit der Auszahlung, so daß im Reichstag mehrmals Anfragen deswegen eingebracht worden sind. In einer solchen Anfrage macht der Zentrumsabg. Wirth die Feststellung, daß das Reich die erforderlichen Vorschüsse nicht geleistet hat. — Dieser Zustand ist geradezu unhaltbar.

Letzte Nachrichten.

Einberufung des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 3. Januar. Wie die Abendblätter melden, teilte der Präsident des Abgeordnetenhauses Groß dem Obmann des Tschechenverbandes, Stanek, in einem Schreiben mit, daß er die Abgeordneten für den 15. Januar zu einer Sitzung einberufen werde.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß in der Sitzung eine Friedenskundgebung erfolgen solle.

Französische Stimmen zum Frieden.

Genf, 3. Januar. In Paris erregt ein Leitartikel des „Pays" große Sensation, der **offen für den Eintritt der Entente in die Friedensverhandlungen** auffordert. Als Basis sollte der Entente den Mittelmächten gegenüber die Drohung des wirtschaftlichen Boykotts dienen. Man dürfe nicht bis zum allgemeinen Ruin kämpfen. Wilson trage jetzt in den Falten seiner Toga Kriegsillusion oder Friedenssicherheit.

In einem Leitartikel in der „Humanité" fordert Renaudel die **sofortige Bekanntgabe der Friedensbedingungen Frankreichs,** damit dem verbrecherischen Morden ein Ende gemacht werden könne. Gleichzeitig werden folgenschwere sozialistische Interpellationen über die Außenpolitik der Regierung Clemenceau nach Schluß der Kammerferien angekündigt.

Die Antwort der Entente auf Deutschlands Friedensbedingungen.

London, 2. Januar. (Reuter.) „Times" meldet aus Washington: Zwischen London, Paris und Washington findet ein Gedankenaustausch über die Form der Antwort auf Deutschlands Friedensbedingungen statt, wenn diese den Alliierten von den Bolschewiki überreicht würden. Es ist noch nicht entschieden, ob Wilson, Lloyd George und Clemenceau antworten werden. Die Antwort würde aber Wilsons Erklärungen entsprechen und wahrscheinlich eine neuerliche Erklärung der Kriegsziele in Form eines Aufrufs an die feindlichen Völker über die Köpfe der Regierungen hinweg enthalten.

Die Ukraine in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 3. Januar. Am 1. Januar ist in Brest-Litowsk die Friedensdelegation der ukrainischen Volksrepublik eingetroffen. Alle vier Vertreter sind Mitglieder der ukrainischen Zentralrada und der allrussischen konstituierenden Versammlung. Die Delegierten der Ukraine haben alle Vollmachten von der Regierung der ukrainischen Volksregierung zur Führung der Friedensverhandlungen.

Im Gespräch mit unserem Korrespondenten haben die Bevollmächtigten erklärt, daß nach der Note des Generalsekretariats (der Regierung der Ukraine) die ukrainische Republik jetzt den Weg selbständiger internationaler Beziehungen einschlage. Die Bevollmächtigten der Ukraine bemerkten, daß sie bedauerlicherweise gezwungen seien, die Tatsache zu konstatieren, daß die deutsche Presse bezüglich der wahren Sachlage in der ukrainischen Republik sehr schlecht orientiert sei. So sei z. B. die deutsche Oeffentlichkeit durch unrichtige und teilweise geradezu phantastische Nachrichten über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Ukraine und Frankreich sowie England verwirrt worden. Die Ukrainer hätten zur Zeit der Kriegserklärung keinen Staatskörper gebildet und hätten weder direkt noch indirekt an der Entfachung des Weltbrandes Anteil gehabt. Jetzt, nachdem das Volk der Ukraine einen festen Staat geschaffen habe, wünsche es, den **schleunigsten Abschluß eines demokratischen Friedens.**

Die Delegierten hofften, daß sie bei den Friedensverhandlungen solidarisch mit den Vertretern des Rats der Volkskommissare würden vorgehen können.

Programm der englischen Arbeiterpartei.

London, 3. Januar. Die Arbeiterpartei hat für den im Juni stattfindenden Parteikongreß folgendes Programm für ihre Politik nach dem Kriege aufgestellt: Die neue Gesellschaftsordnung darf nicht auf individualistische und kapitalistische Produktion, sondern nur auf Kooperation und Verteilung, nicht auf gezwungene Herrschaft oder unterworfene Völker, unterworfene Kolonien, unterworfene Klassen, auf die Rechtlosigkeit der Frauen, sondern gleiche Freiheit gegründet sein. In dem Programm wird die allgemeine Einführung von Mindestlöhnen und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Soldaten und Arbeiter bei der Demobilisierung empfohlen. Die Arbeitszeit soll auf 48 Stunden pro Woche beschränkt werden. Der Bergbau, das Eisenbahnwesen, das Elektrizitätswesen und die Versicherung sollen verstaatlicht werden. Die Einführung von Schutzzöllen wird abgelehnt und dafür eine Besteuerung des Kapitals gefordert.

Gewerkschaftsbewegung

Urabstimmung im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.

Außer den bereits angeführten Organisationen sieht sich auch der Verbandsvorstand und Ausschuß des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes genötigt, eine Reorganisation seines Beitrags- bezw. Unterstützungswesens vorzunehmen. Hier wie in denjenigen Organisationen, die bereits durch Urabstimmung die Verbandsbeiträge erhöht haben, sind die Motive, die zu jener Neuerung zwingen, die gleichen. Bei dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter kommt noch hinzu, daß das Verbandsvermögen seit Kriegsbeginn um mehr als eine Viertelmillion abgenommen hat. Am Schlusse des zweiten Quartals 1914 betrug das Vermögen der Hauptkasse rund 716 000 M.; am Schlusse des dritten Quartals 1917 dagegen nur rund 456 000 M. Die Hauptursache des Sinkens der Verbandsfinanzen liegt im wesentlichen darin, daß 28 766 Mitglieder im Felde stehen.

Während die Einnahmen in starkem Maße zurückgegangen sind, sanken die Ausgaben nicht in gleicher Weise. Obwohl der Stand der zahlenden Mitglieder um die Hälfte zurückging, ist die Sterbeunterstützung um fast die Hälfte in die Höhe geschnellt und die Krankenunterstützung beträgt nur ein Drittel weniger gegenüber den früheren Ausgaben.

Es ist daher erklärlich, wenn die Hauptkasse allein im ersten und zweiten Quartal 1917 um rund 60 000 M. abgenommen hat. Und das dritte Quartal hat trotz des seit 1. Juli bestehenden Kriegszuschlages von 10 Pf. pro Beitrag nur einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von rund 2000 M. ergeben.

Verbandsvorstand und Ausschuß glauben im Interesse des Verbandes die weitere Verantwortung für eine solche Finanzpolitik nicht übernehmen zu können. Um den kommenden Anforderungen an den Verband genügen zu können, schlagen sie daher folgende Neuregelung vor:

1. Vorschlag:

Der Verbandsbeitrag (außer Lokalzuschlag) wird vom 1. April 1918 ab für männliche Mitglieder (mit Ausnahme der Jugendlichen) um weitere 10 Pf. erhöht und beträgt dann einschließlich des Kriegszuschlags wöchentlich 60 Pf. (statt bisher 50 Pf.) und 70 Pf. (statt bisher 60 Pf.). Für weibliche Mitglieder, welche ein wöchentliches Lohneinkommen von 21 M. und darüber haben, wird der Verbandsbeitrag um 5 Pf., und zwar einschließlich Kriegszuschlag auf 40 Pf. (statt bisher 35 Pf.) pro Woche erhöht. — Der Beitrag für pensionierte Mitglieder wird von 15 Pf. auf 20 Pf. festgesetzt.

2. Vorschlag:

Der jetzige Verbandsbeitrag bleibt unverändert. Die Erwerbslosenunterstützung wird — jedoch nur im Falle der Erkrankung — von 6 M. auf 4,50 M. und von 7,50 M. auf 6 M. pro Woche herabgesetzt. Die Sätze in § 18 Absatz 2 erfahren eine entsprechende Ermäßigung.

Ueber beide Vorschläge soll eine vom 10. bis 16. Januar d. J. angesetzte Urabstimmung entscheiden. Von der Annahme des ersten Vorschlages wird eine wesentliche Verbesserung der Verbandsfinanzen und damit eine Erhöhung der Kampfkraft der Organisation erhofft, während die Annahme des letzteren zwar eine Erhöhung der Verbandsbeiträge umgeht, die Sätze für Unterstützungen im Falle der Erkrankung jedoch wesentlich herabmindert. Im Hinblick auf die großen Aufgaben, die auch der Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter bevorstehen, werden die Mitglieder bei der Abstimmung sich sicher so entscheiden, daß das Wohl des gesamten Verbandes dabei gewahrt wird.

Organisation, das Hilfsmittel gegen Nähgarnwucher.

Der Mangel an Nähmaterial, Näh- und Stopfgarn, Nähseide usw. trifft die Bevölkerung empfindlich. Neuanschaffungen begegnen großen Schwierigkeiten. Um so notwendiger ist deshalb das Ausbessern. Dazu gehört aber Näh- und Stopfgarn, doch ihre Preise sind derartig hoch, daß vielen Leuten und gerade denen, die am meisten flicken und ausbessern müssen, die Anschaffung unmöglich ist.

Fast noch schwieriger steht es um diejenigen, die sich mit Näherei ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Hier wird die große Bedeutung der seit vielen Jahren erhobenen Forderungen der Arbeiterorganisationen auf Lieferung der Nähzutaten erst recht deutlich. In den Fabrikbetrieben ist die Lieferung der Zutaten, einschließlich des Nähgarns, nahezu zur Regel geworden. Anders steht es für die mit Heimarbeit Beschäftigten. Daß es aber auch hier möglich ist, die größten Mißstände zu beseitigen, zeigen die durch die Organisationen getroffenen Abmachungen. In den für die Lederwarenindustrie geltenden Tarifverträgen heißt es z. B.:

„Heimarbeiter erhalten Leim, Kleister, Pappe, Stifte, Watte, Papier überhaupt alle Zutaten, die zur Fertigstellung der Ware notwendig sind, geliefert oder sie erhalten eine angemessene Entschädigung dafür, die auf dem Arbeitszettel und im Lohntarif (Lohnbuch) besonders vermerkt sein muß."

Die hohen Preise für Nähmaterial und vor allen Dingen ihre Knappheit haben dazu geführt, daß die Frage der Lieferung durch die Unternehmer wieder in Fluß gekommen ist. Ein Teil der Unternehmer, wie z. B. der Vorstand der Arbeitgebervereinigung für das Schneidergewerbe, hat die Berechtigung der Forderung der Organisation der Schneider und Schneiderinnen anerkannt, stößt aber bei einer Anzahl seiner Mitglieder in der Sache auf große Schwierigkeiten. Immerhin ist erreicht worden, daß für Nähzutaten, die die arbeitenden Männer und Frauen selbst beschaffen müssen, eine Entschädigung gezahlt werden muß.

An die Kriegsbekleidungsämter ist ebenfalls das Ersuchen gerichtet worden, Nähzutaten unentgeltlich zu liefern. Nach Ablehnung dieser Forderung durch das Preußische Kriegsministerium sind Vereinbarungen zustandegekommen, wonach die Kriegsbekleidungsämter zwar das Material liefern, aber den Arbeitern die Selbstkosten berechnen.

Für eine große Anzahl Arbeitskräfte sind also durch die Organisation der Arbeiter die schlimmsten Schädigungen, die der Mangel an Nähmaterial im Gefolge hat, beseitigt worden. Tausende aber werden durch diese Abmachungen nicht berührt. Sie sind unerhörten Anforderungen in bezug auf Preise für Nähmaterial ausgesetzt. Was auf diesem Gebiete geleistet wird, zeigt folgender Lohnzettel, den vor wenigen Wochen der „Konfektionär" veröffentlichte:

Arbeitslohn für ½ Dutzend Schürzen 6.— M., Nähgarn, Der Preis von 8 M. für eine Rolle Garn ist übrigens durchaus

Der Preis für Nähgarn überstieg hier also den Arbeitslohn. Der Preis von 6— M. für eine Rolle Garn ist übrigens durchaus nicht selten; 3, 4 und 5 M. wurden häufig bezahlt.

Der Kampf gegen den Nähgarnwucher und seine Erfolge müssen aufs neue den Beweis liefern, wie notwendig die Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte in der Heimarbeit ist.

Zusammenbruch des Kriegswuchers?

Mehr als drei Jahre hindurch hat man mit allen möglichen Methoden versucht, dem Kriegswucher den Garaus zu machen. Mit der Organisation, mit Strafbestimmungen, mit Eisenbahn- und Postüberwachung, mit Ermahnungen und Aufklärungen ging man gegen ihn vor. Es hat nichts genützt.

Zweifellos ist der Hauptgrund dieser unleidlichen Zustände in dem Versagen der Mengenerfassung zu sehen. Auch hat es an der durchaus notwendigen Energie und Frische des Zupackens gefehlt. Wer einmal Gelegenheit hatte, auch nur in einen Nebenbetrieb der kriegswirtschaftlichen Organisation hineinzusehen, der kennt die Schwerfälligkeit und Unschlüssigkeit, die einer brauchbaren und wirksamen Mengenpolitik entgegenstehen. Mit Riesenfleiß werden Formulare entworfen, Rundschreiben erlassen, Vorbereitungsarbeiten für Bundesratsverordnungen erledigt, Konferenzen abgehalten, Eingaben gemacht. Der Bureaukratismus, der auch die beamteten Kaufleute erfaßt, macht jedes kühne, den Verhältnissen angemessene Vorgehen, zunichte. Die Langweiligkeit des Apparates ist geradezu ein Anreiz für den Schleich- und Kettenhandel. Ehe eine Bundesratsverordnung fertiggestellt ist, haben die Wucherer ihr Schäfchen schon im trocknen. Und wenn sie fertiggestellt ist, blüht ihr Weizen erst recht. Denn es gibt immer Lücken und Schlupflöcher in solchen Bestimmungen, ganz abgesehen davon, daß sich viele an die Vorschriften überhaupt nicht kehren. Von der 10-Zimmer-Wohnung bis zur Dachstube, vom Luxusladen bis zur Gränkramecke wimmelt es von Schleichhandelszentralen. Die Kriegswuchergesetzgebung hat ihren Zweck durchaus verfehlt. Sie konnte nur wirksam sein, wenn sie gegen Einzelfälle vorzugehen hatte. Eine Gesamterscheinung ist nach dem Wesen des Strafrechts schon nicht mehr als Verbrechen anzusehen. Es ist daher auch so gut wie ausgeschlossen, daß man mit einer Verschärfung der Strafbestimmungen und dem Ausbau von Nebenmaßnahmen zum Ziele gelangt.

Seit dem Abschluß des Waffenstillstandsvertrags mit Rußland, der schon die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den bisher feindlichen Ländern vorsieht, ist jedoch den Schleichhändlern und Wucherern die Angst in die Knochen gefahren. Die Angebote zurückgehaltener Lebensmittel mehren sich und werden dringender. Man hört, daß in Ostpreußen die Wucherpreise fallen. In Berlin wird die telephonische Offerte geradezu aufdringlich. Auch die Preise anderer Waren sind schon gesunken. Im Publikum atmet man auf. Viele Leute halten mit Käufen zurück. Sobald ein verstärktes Angebot auch nur in Aussicht ist, hofft alles auf niedrigere Preise und hütet sich, die Wucherforderungen zu bewilligen, soweit sich das irgend mit den Ernährungsnotwendigkeiten verträgt. Beispielsweise scheint man in den großstädtischen Gastwirtskreisen ein schnelles Sinken der Schleichhandelspreise zu erwarten und sich danach zu richten. Die Verbraucher haben an der Beschleunigung dieser Entwicklung ein Lebensinteresse. Je nachdrücklicher man sie durch öffentlichen Hinweis unterstützt, um so schneller senken sich die Wucherpreise dem normalen Stande zu.

Das Problem ist in der Annäherung der Wucherpreise an die Höchstpreise zu sehen. Die Höchstpreise wurden ja deshalb nicht innegehalten, weil die dringende Nachfrage die Wucherpreise ermöglichte. Nun wird das Angebot gewiß nicht von heute auf morgen erheblich größer werden, da ja zur Ingangsetzung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Rußland und Deutschland geraume Zeit nötig sein wird. Aber erfahrungsgemäß pflegt sich der Preisstand nicht so sehr nach der augenblicklichen Lage, wie nach den zukünftigen Verhältnissen zu richten, wenn diese Zukunft nur einigermaßen nahe ist. Die Furcht vor einem Preisfall treibt die Waren aus der Sperre. Hat dieser Prozeß erst einmal begonnen, so ist er nur durch eine neue Verknappung aufzuhalten. Es ist dabei grundsätzlich gleichgültig, ob die Güter, speziell die Lebensmittel, die nach einem Friedensschluß mit Rußland über die Grenze zu uns kommen, der öffentlichen Verteilungsorganisation überantwortet oder durch den freien Handel dem Volke zugeführt werden. Maßgebend ist die Aussicht auf Mengenvermehrung.

Sicherlich wird es nunmehr eine große Zahl von Schleichhändlerzusammenbrüchen geben. Aber man wird dieser Krise des Wuchers mit Genugtuung zusehen. Die Herrschaften haben kein Mitleiden zu erwarten. Nichts wünscht das Volk so sehnlich, wie das Aufhören der unerhörten Aussaugung, und es ist ihm völlig gleichgültig, ob dabei einige Tausend Wuchereexistenzen oder auch noch mehr in die Brüche gehen. Es ist die höchste Zeit, daß die widerwärtige Blutegelei ein Ende nimmt. Und mit ihr hoffentlich auch die Verkäuferunverschämtheit, die während des Krieges den Käufer und die Käuferin zu Bettlern und Kulis gemacht hat.

Parteinachrichten.

B. Borochow tot.

Wie die schwedische Arbeiterkorrespondenz aus Kiew meldet, verschied dort am 17. Dezember der bekannte poale-zionistische Führer Berl Borochow nach mehrwöchiger Krankheit im Alter von 36 Jahren.

Der Tod Borochows bedeutet für die jüdische Arbeiterbewegung einen unersetzlichen Verlust. Borochow gehörte zu den bedeutendsten geistigen Führern des Poale-Zionismus, für dessen theoretisches Gebäude er in seiner Schrift „Nosche Platforma" den Grundstein legte. Borochow war jedoch kein Stubengelehrter. Seit der ersten russischen Revolution nahm er am politischen Leben einen hervorragenden Anteil. Er war Mitbegründer der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Poale-Zion) Rußlands, deren politische und publizistische Führung in den Jahren der ersten Revolution hauptsächlich in seinen Händen lag. Als Mitglied der Delegation des Poale-Zion-Verbandes zur Stockholmer Konferenz nahm er lebhaften Anteil an der Ausarbeitung der Erklärung dieses Verbandes an das Holländisch-skandinavische Soz. Komitee.

Industrie und Handel.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitverwalteten Bahnen betrugen im Dezember 1917 vorläufig 7 324 538 M., Dezember 1916 endgültig 5 612 220 M. (mehr: 1 712 309 M.). Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1917 (vorläufig) 75 858 062 M., vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916 (endgültig) 59 381 325 M. (mehr: 14 476 737 M.). Tagesdurchschnitt 1917 202 350 M. (1916 162 241 M.).

Die Hoch- und Untergrundbahn (ohne die Schöneberger, Wilmersdorfer und Dahlemer Bahn) beförderte im Monat Dezember 1917 10 960 564 Personen gegen 8 119 617 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen betrugen 1 512 807 M. gegen 1 107 802 M. Die Betriebseinnahmen seit dem 1. Januar 1917 betragen 14 672 877 M. gegen 10 360 672 M. im Vorjahre. Die Flochbahn Warschauer Brücke—Lichtenberg vereinnahmte im Dezember 1917 26 964 M. gegen 18 483 M. Die Verwaltung behauptet, offenbar um Vergleiche zwischen ihren großen Mehrgewinnen und der geplanten Tariferhöhung hintanzuhalten, daß diesen Mehreinnahmen sehr erhebliche Mehrausgaben gegenüberstehen; die Löhne am Schlusse des verflossenen Jahres sind gegen 1916 weiterhin um zirka 5,5 Proz., die Materialpreise in noch viel stärkerem Maße gestiegen. Die Bilanz wird ja, wenn das Versteckenspielen von der Verwaltung nicht gar zu sehr geliebt wird, nähere Aufschlüsse bringen.

Die Generalversammlung der Chemischen Fabrik Hönningen und vorm. Messingwerk Reinickendorf genehmigte den Abschluß für 1916/17. Die auf 99 v. H. festgesetzte Dividende ist sofort zahlbar. Die gesamten Anlagen der Hönninger Abteilung in Hönningen, Rheinbrohl, Meggen, Börstingen und Aschaffenburg nebst den dazu gehörigen Beteiligungen sollen auf Grund einer am 31. Dezember d. J. aufzustellenden Bilanz von der Chemischen Fabrik „Rhenania" in Aachen vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung zum Buchwert übernommen werden. Für die Gesellschaft sei es sehr wesentlich, bei Friedensschluß im Besitz größerer Mittel zu sein, um die ihr zufallenden Aufgaben mit Erfolg lösen zu können. Was die Bezahlung anlangt, so übernimmt die Chemische Fabrik „Rhenania" die Obligationsanleihe in Höhe von 8 Millionen Mark und zahlt der Gesellschaft nahezu 7 Millionen Mark in bar, und zwar den größeren Teil binnen kurzem, den Rest später.

Der Betriebsgewinn der Hüttenwerke C. Wilh. Kayser u. Co. ist in dem vergangenen Geschäftsjahr von 2,2 auf 1,5 Mill. M. zurückgegangen. Nach Abzug von 463 874 M. (351 958 M.) Unkosten und Abschreibungen von 276 823 M. (275 041 M.) verbleibt ein Reingewinn einschließlich des Vortrages von 1,1 Mill. M. (1,6), aus dem wiederum 15 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen sollen. Die Aufrechterhaltung der Dividende ist möglich, da die im Vorjahr mit 600 000 M. eingesetzte Kriegsreserve diesmal fortfällt. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt: „Während des abgelaufenen sechsten Geschäftsjahres war unsere Gesellschaft wiederum fast ausschließlich mit Aufträgen für Heereszwecke beschäftigt. Die Kupferproduktion war normal, soweit sie nicht durch mangelnde Kohlenlieferung behindert war. Blei-, Zinn- und Zinklegierungen wurden in relativ geringer Menge hergestellt. Je länger der Krieg dauert, um so geringer wird die eigene Betätigung im Kauf und Verkauf von Waren; die Werke werden mehr und mehr zu Lohnhütten und der Betrieb beschränkt sich auf die lohnmäßige Verarbeitung der zugewiesenen Materialien."

Die Automobilindustrie der Vereinigten Staaten.

Durch den großen Kriegsbedarf und das Ausscheiden der früheren Lieferanten hat die amerikanische Automobilindustrie einen außerordentlichen Aufschwung erfahren, wie sich aus folgender Tabelle ergibt:

Steuerjahr	Personenwagen	Lastwagen	Gesamtzahl
1912/13 . . .	24 206	903	25 286
1913/14 . . .	28 306	784	29 090
1914/15 . . .	23 880	13 906	37 786
1915/16 . . .	56 284	21 215	77 499
1916/17 . . .	65 834	15 977	81 811

Soziales.

Eiserne Unverfrorenheiten.

Die „Soziale Praxis" bespricht in Nr. 12 eine ihr zugekommene Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die kurz vor General Groeners Versetzung im August 1917 an den damaligen Reichskanzler gemacht worden war. Was dieser Eingabe charakteristisch ist, das ist der bittere Haß gegen die sozialpolitischen Errungenschaften des Hilfsdienstgesetzes. Mit zahlreichen gröblich tendenziös zusammengestellten und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, wird, so sagt die „Soz. Praxis" — uns selbst fehlt ja die Kenntnis der Eingabe und so müssen wir uns auf die Angaben dieser Zeitschrift stützen — wird gegen die „zwangsweise Uebertragung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, sowie der Schlichtungsstellen auf die Friedenswirtschaft" angekämpft. Die Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes hätten sich nicht einmal im Kriege bewährt, sie behinderten daher erst recht eine günstige industrielle Entwicklung in Uebergangs- und Friedenswirtschaft. Denjenigen Unternehmern, welche Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen neben den ordentlichen Gerichten zweckmäßig hielten, solle die Schaffung freistehen, aber es solle kein Zwang dazu geschaffen werden. Die beste Sozialpolitik sei die, die volle Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte, gute Löhne und Versorgung mit Lebensmitteln ermögliche. „Dazu gehöre die Verhütung jeder unnötigen Agitation und Aufreizung der Arbeiterschaft und die Stärkung der Autorität sowohl der Regierungsbehörden wie der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer." Die Sicherstellung der Heeresversorgung habe man viel besser mit dem Gesetz über den Belagerungszustand erreichen können. Man müsse, „solange der Feind draußen tobt, im Innern durch Strenge Ruhe und Ordnung" sichern. Als recht brauchbar erscheint den Gesuchstellern ein vollständiges Versammlungsverbot ohne jeden Unterschied; es fasse „die verderbliche Agitation an der Wurzel".

Ein geradezu wilder Haß tobt in der Eingabe gegen die Gewerkschaften; sie hätten Dutzende von Gewerkschaftsbeamten in die ruhigsten Industriegegenden geschickt, „daher" kämen auch „die großen Unruhen, Ausstände, Lohnbewegungen und Krawalle" der letzten Monate. Wir erlebten heute unter dem Hilfsdienstgesetz „in der Industrie ungefähr dasselbe, wie Rußland an der Front mit seinen Soldatenausschüssen", und „sollten zum mindesten dafür sorgen, daß keine derartigen russischen Zustände auf die Friedenswirtschaft übertragen werden". Das Hilfsdienstgesetz sei „leider nur für den Sieg des Gewerkschaftsgedankens" der erfolgreichste Schrittmacher geworden, nicht aber „für den Sieg der heimischen Gemeinschaftsarbeit und der deutschen Eintracht".

Viel wirksamer als die den Eisen- und Stahlindustriellen so verhaßte „verderbliche Agitation" der Gewerkschaften unter den noch immer nicht von ihnen erfaßten Arbeitern wirken kann, wirkt der Inhalt dieser Eingabe aufrüttelnd unter den Arbeitern und zeigt ihnen, daß in viel höherem Maße der arbeitende Mensch und nicht der Unternehmerprofit in den Mittelpunkt der inneren Politik gestellt werden muß. Damit wird erst in wirksamster Weise der gesamten Volkswirtschaft gedient. Wir stimmen der „Soz. Praxis" durchaus zu, wenn sie im Schlußsatz ihrer Darlegungen meint, daß es hoffentlich bald gelingen werde, durch die Arbeitskammern und den Ausbau des Einigungswesens die „heimische Gemeinschaftsarbeit" wahrhaft sicherzustellen. „Die innerdeutsche Geschichte muß endlich aus eherner Notwendigkeit über jene Leute von Eisen hinwegschreiten, die mit einer im Kriege maßlos gestiegenen Macht und unerlaßten Mitteln zugleich eine Gesinnung verbinden, die unser gegen den Ansturm einer Welt verteidigtes Vaterland jetzt und nach dem Kriege täglich neuen, schweren Erschütterungen entgegenzuführen geeignet ist."

Die Errichtung eines Wohnungsamtes ist von den Stadtverordneten in Köln beschlossen worden. Das Amt betreibt Wohnungsnachweis (mit Meldezwang), Wohnungsstatistik, Wohnungspflege, Wohnungsfürsorge. Es werden beamtete Wohnungspfleger angestellt. In die Wohnungsausschüsse werden Vertreter aus der Bürgerschaft (Nicht-Stadtverordnete) gewählt. Die Wohnungsfürsorge hat sich zum Ziele gesetzt: die Herstellung einwandfreier Kleinwohnungen und die Beseitigung schlechter Wohnungen und Stadtviertel. Geplant ist vor allem die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues in den Baugenossenschaften, entsprechende Beeinflussung des städtischen Bebauungsplanes, der Fluchtlinienfestsetzung und der Bauordnung, Beschaffung billigen Baulandes und der Mittel zum Bauen und endlich durch die Sorge für gute Bahnverbindungen. — Für die Zeit der Demobilisierung werden besondere Vorbereitungen getroffen. Keinesfalls will man die Zurückkommenden in Keller und Dachgeschossen, wie schon vorgeschlagen wurde, unterbringen.

Humanistische Gemeinde Berlin (G. B.). Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederwallstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Penzig über: „Das Recht auf Selbstbestimmung" statt. Vor und nach dem Vortrage Harmoniumspiel. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.